

## Für ein soziales Studium

*Bologna, Bachelor und Master, Jobben, Hochschulpolitik und Gute Lehre: Was die Gewerkschaften an den Hochschulen bewirken können*



Fotos: Roland Geisheimer / Attenzione

### INHALT

- 2** *schon gewusst...?*  
Wahrheiten übers Studium
- 3** *editorial*  
Studium muss sozial sein  
Studierende und Gewerkschaften
- 4** *profile*  
Das Bachelor-Master-System.  
Drei Porträts
- 5** *der umbau der hochschulen*  
Anspruch verfehlt: Bologna
- 6** Der Fluch des Föderalismus
- 7** Unternehmen Uni: Beispiel NRW
- 8** *wer studiert wie?*  
Soziale Auswahl
- 9** Jobben im Studium
- 10** Innenleben: Die Folgen
- 11** Ausländische Studierende  
Ohne Abitur? Geht auch
- 12** *geld*  
Bezahlen – von Anfang an
- 13** Jessica Castro Merino:  
Gebühren in Hessen  
Studienfinanzierung:  
Gepumpte Bildung
- 14** *gute lehre*  
Arbeit an der Hochschule
- 15** Wenn der Chef prüft: Hiwis  
Gutes Studium – Gute Lehre
- 16** *selbstverwaltung*  
Studentische Mitbestimmung  
Gremien: Arbeit mit Engagement
- 17** Anja Gadow: Protestkultur
- 18** Hochschulgruppen
- 20** Spaßlisten: Pro und Contra  
Verbindungen: Rechte Elite
- 21** *projekte*  
Mobilisieren an der Hochschule
- 22** Studieren – mit Gewerkschafts-  
projekten
- 24** *immatrikuliert*  
Der letzte linke Student

Die DGB-Jugend im Internet:  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Volle Seminare

**Mehr Studis im Wintersemester** ■ Zu Beginn des Wintersemesters 2008/2009 waren 2,01 Mio. Frauen und Männer eingeschrieben. 385.500 Erstsemester starteten ein Studium, 7% mehr als im Vorjahr. Im mittelfristigen Trend ist die Studienneigung aber deutlich zurückgegangen: Prognosen zufolge werden von 2014 an zwischen 180.000 und 490.000 AkademikerInnen fehlen.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Adel verpflichtet

**Fächerwahl nach Herkunft** ■ Nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von AbiturientInnen und ihrer Studienwahl: Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten wählen eher Fächer wie Sozialwissenschaften, Pädagogik, Psychologie und Ingenieurwissenschaften. AbiturientInnen aus gehobenen Milieus hingegen bevorzugen Medizin, Physik, Astronomie, Musik- und medienbezogene Fächer.

[www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

## Weg, aber wohin?

**Holland Ziel Nr. 1** ■ Die Niederlande bleiben für deutsche Studierende mit Auslandsambitionen mit großem Abstand das Zielland Nummer eins. Derzeit seien rund 20.000 junge Männer und Frauen an Hochschulen in den Niederlanden eingeschrieben, teilt das Beratungsinstitut Educon mit. Auf Platz zwei der Beliebtheitsskala folge Großbritannien mit rund 13.000 Studierenden aus Deutschland.

[www.studieren-in-holland.de](http://www.studieren-in-holland.de)

## Hochschulwirrwarr

**Unübersichtliche Informationslage** ■ Herauszufinden, wie viele Hochschulen es in Deutschland gibt, ist gar nicht so einfach: Die Hochschulrektorenkonferenz zählt 234 staatliche Hochschulen, 88 private und 33 kirchliche, die alle staatlich anerkannt sind, also insgesamt 355 Hochschulen. 108 davon sind Universitäten oder andere Hochschulen mit Promotionsrecht, 192 Fachhochschulen oder andere Hochschulen ohne Promotionsrecht und 55 Kunst- oder Musikhochschulen.

Auf der Webseite »studieren.de« finden sich die Adressen von 528 Hochschulen: 188 Universitäten, 288 Fachhochschulen und 52 Berufsakademien.

**Soli extra meint:** Vielfalt ist prima. Eine verlässliche Übersicht wäre noch besser.

[www.hrk.de](http://www.hrk.de), [www.studieren.de](http://www.studieren.de)

## Hochschulzulassung

**Bundesgesetz fehlt** ■ Der Hochschulzugang in Deutschland muss nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft GEW schnell durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Mit den derzeitigen dezentralen Bewerbungen für Studienfächer mit örtlichen Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) seien die Hochschulen »offensichtlich überfordert«, sagt der GEW-Vorsitzende **Ulrich Thöne**.

Da sich viele junge Menschen an mehreren Hochschulen gleichzeitig bewerben würden, blieben am Ende viele Studienplätze unbesetzt. Das sei unverantwortlich.

[www.gew.de](http://www.gew.de)



U. Thöne

## Deutschland-PR

**Land der Ideen** ■ Eine Imagekampagne unter dem Dach der Bundes-Werbung »Deutschland – Land der Ideen« soll SchulabgängerInnen aus dem Ausland für ein Studium in Deutschland gewinnen.

Im Wettbewerb um den akademischen Nachwuchs ist Deutschland mit einem Anteil von rund 10% aller weltweit mobilen Studierenden das drittstärkste Gastgeberland nach den USA und Großbritannien. »Bis zum Jahr 2012 wollen wir die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen auf 300.000 steigern«, sagt der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) **Stefan Hormuth**.

[www.daad.de/presse](http://www.daad.de/presse)



S. Hormuth

## Was steht mir?

**Fächerwahl nach Lebensstil** ■ Hängt der Erfolg im Studium vom Lebensstil ab? Das untersuchte die Online-Ausgabe der »Frankfurter Allgemeinen« (FAZ). Knapp 45% der 1.221 TeilnehmerInnen antworteten zustimmend. 20% waren überzeugt, dass auch bessere Noten bekommt, »wer sich an die Traditionen« hält. Die »FAZ« begleitete die Umfrage mit einem Bericht über »Die Kleiderordnung des Studierens«. Soziologen zufolge treffen hierbei so ziemlich alle Klischees zu, die man sich vorstellen kann: Psychologen fahren Volvo, BWLer Cabrio. Philosophen treten eher schlampig auf. Juristen dagegen tragen Hemd, Sakko und Timberlands. Ingenieurstudis Hemd und Jeans ohne Gürtel.

Der Hintergrund: StudienanfängerInnen suchen sich ihr Studienfach womöglich eher danach aus, ob dessen Habitus mit ihrem persönlichen Auftritt übereinstimmt.

[www.faznet.de](http://www.faznet.de)

## Mehr Professorinnen

**Bund und Länder helfen nach** ■ An deutschen Hochschulen lehren rund 37.000 ProfessorInnen, darunter 6.100 Frauen (16%). Während in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Kunstwissenschaften etwa jeder vierte Lehrstuhl mit einer Frau besetzt war, lag der Anteil der Professorinnen in allen anderen Fächergruppen unter der 20-Prozent-Marke.

Am deutlichsten unterrepräsentiert waren Professorinnen in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (8%) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (11%).

Nun hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Professorinnenprogramm initiiert: Bis 2012 fördert es die Schaffung von 200 neuen Stellen für Professorinnen mit insgesamt 150 Mio. Euro.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Der Aufstand



H. Wegener

**PraktikantInnen ins Kino** ■ Der Potsdamer Schauspieler **Hannes Wegener** steht für eine Komödie über das Schicksal von PraktikantInnen vor der Kamera – ohne Bezahlung. »Résiste – Auf-

stand der Praktikanten« lautet der Arbeitstitel des Projektes.

Wegener verkörpert den 30-jährigen Yuppie Till, der aus der Praktikantenmisere zunächst sogar noch Geld schlagen will – mit einer Beratungsagentur.

Erst als er die linksradikale Sydelia trifft, ändern sich seine Wertvorstellungen – und er plant Deutschlands ersten »Praktikantengeneralstreik«. Auch ein paar PraktikantInnen gehören zum Filmteam.

Die »Komödie« soll im Herbst 2009 in die deutschen Kinos kommen.

## Kaum Seiteneinsteiger

**Studieren ohne Abitur** ■ Für Menschen, die Berufserfahrung, aber kein Abitur haben, ist es schwieriger, in Deutschland ein Studium aufzunehmen als in anderen europäischen Ländern. Gerade mal 5% der deutschen Studierenden haben ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht über das Abitur, sondern etwa über eine Aufnahmeprüfung oder entsprechende fachliche Qualifikationen erhalten.

Nur in Frankreich und Italien ist die Quote noch niedriger, belegt eine Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS), die insgesamt 22 EU-Staaten unter die Lupe genommen hat. Einer der Spitzenreiter ist Schweden mit einer »Seiteneinsteiger-Quote« von über einem Drittel aller Studierenden.

[www.his.de](http://www.his.de)



Bildung als Ware – das muss verhindert werden

Foto: Roland Geisheimer / Attenzione

## EDITORIAL

# Hochschulpolitik: Das Studium muss sozial sein

Von *Jessica Heyser*

Unter dem Label »Students at work« finden Studierende bei Problemen im Nebenjob oder Praktikum inzwischen an vielen Hochschulen quer durch die Republik Infos und AnsprechpartnerInnen. Dabei beobachten wir: Studieren ist schon lange keine Phase mehr, in der Party und Faulenzen angesagt sind. Nein, Studieren ist heute mindestens so zeitaufwendig wie ein klassischer Vollzeitjob, in manchen Fächern ist das Pensum kaum zu bewältigen. Das liegt vor allem an der Umstellung auf die Abschlüsse Bachelor und Master: Hier wurden die Inhalte der vorherigen Diplom- und Magisterstudiengänge häufig nicht gekürzt, sondern nur auf drei Jahre verdichtet.

Das bekommen auch die Gewerkschaften zu spüren: Studierende haben weniger Energie und Zeit, sich neben dem Studium ehrenamtlich zu engagieren und weiterzubilden.

Den Studierenden selbst erschwert die Verdichtung nicht nur das Lernen, es raubt auch Zeit für den Nebenjob – und damit für die Finanzierung des Studiums. Und ohne zusätzliche Einnahmen kann sich die Mehrheit der Studierenden ein Studium überhaupt nicht mehr leisten.

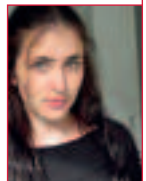
So sind die Hochschulen auch heute noch Orte, die vielen verschlossen bleiben – die Studierquoten sind rückläufig. Durch Studiengebühren werden Menschen mit wenig finanziellem Rückhalt zusätzlich vom Studium abgeschreckt. Dabei sinken die Chancen von Arbeiterkindern auf Hochschulbildung bereits seit Jahren – auch wegen der mangelnden Durchlässigkeit: Studieren ohne Abitur ist in Deutschland die Ausnahme.

Auch die fortschreitende Ökonomisierung verändert die Hochschulen rapide. Marktelemente, Ranking und die Vergabe der Drittmittel aus der Wirtschaft haben immer mehr Einfluss – nicht nur auf die Ausstattung von Lehrstühlen, sondern auch auf die Studieninhalte.

In dieser *Soli extra* geht es um Anspruch und Wirklichkeit: Wir beleuchten Hintergründe der Studienreform und deren Auswirkungen auf Studium, Lehre und Alltag. Es geht um politische Entscheidungsstrukturen und das Engagement der aktuellen Studierendengeneration. Auch die Hochschule als Arbeitsplatz ist Thema.

Die Ziele der DGB-Jugend werden dabei klar: Wir wollen ein integratives Bildungssystem, das alle Menschen fördert – entsprechend ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Bedürfnissen – und alle Bildungswege unabhängig vom sozialen Hintergrund eröffnet. [S](#)

*Jessica Heyser ist politische Referentin der DGB-Jugend.*



## DGB-JUGEND UND STUDIERENDE

### Beiderseitiges Einvernehmen

Von *René Rudolf*

Gewerkschaften sind für Studierende interessant: Sie unterstützen und beraten bei Problemen im Nebenjob oder Praktikum – und sie sind ein Ort, wo man sich gesellschaftspolitisch und hochschulpolitisch engagieren kann.

Studierende sind aber auch für Gewerkschaften interessant! Sie sind schon beim Jobben während des Studiums, zumindest neben-

beruflich, ArbeitnehmerInnen. Und die meisten von ihnen werden es auch nach dem Ende ihres Studiums sein – und dann häufig in guten Positionen.

Daran orientieren sich auch die gewerkschaftlichen Projekte und Angebote für Studierende: Einige kümmern sich um Studierende als eine von mehreren Beschäftigtengruppen, mit denen die Gewerkschaften in ihrer betrieblichen Arbeit zu tun haben.

Das Projekt »Students at work« bildet das Dach der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit der DGB-Jugend – in Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften. Mittlerweile existie-

ren bundesweit fast 40 gewerkschaftliche Beratungsstellen an Hochschulen.

Die DGB-Jugend verbindet 2009 alle Aktiven in zwei Vernetzungsworkshops. Es geht um Austausch und die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit.

Bei unserem Engagement sollten wir nicht vergessen: Zeit zählt! Gerade AkademikerInnen müssen frühzeitig und gezielt angesprochen werden, um sie als zukünftige Mitglieder gewinnen zu können. [S](#)

*René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.*



# Flexible Response

**Die Uni wechseln? Mit den neuen Regeln klarkommen? Aussteigen? Über den Umgang mit dem Bachelor-Master-System. Drei Porträts von Felix Werdermann**

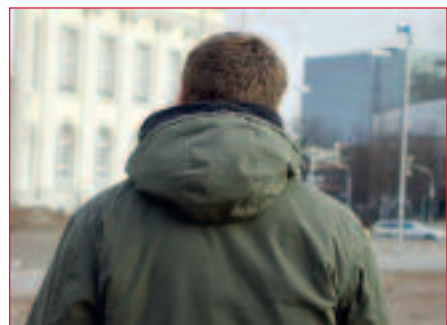
## Der Umsteiger

Jetzt hat er doch gewechselt: Ab diesem Semester studiert Frank Zauber\* in Kassel. Aus Münster bringt er einige Leistungsscheine in Philosophie mit – und vor allem zwei Jahre Erfahrung mit dem Bachelor (BA). An seiner neuen Hochschule kann er endlich Politikwissenschaft studieren. Allerdings muss er hier von vorne beginnen.

Nach dem Abitur wollte er gerne in Münster bleiben. Mit seinem Notenschnitt wurde Zauber aber nur für Geschichte und Philosophie zugelassen. Als er dann das Lateinum hätte nachholen müssen, hat er sich doch noch in anderen Städten beworben.

Eine wichtige Schlüsselqualifikation kann er bereits vorzeigen: Stressresistenz im Umgang mit dem BA-Studium. »Am Anfang hatte ich volle Panik«, erzählt er. Nie-

mal habe ihm sagen können, welche Kurse er besuchen musste – selbst die Dozierenden nicht. »Später habe ich mir dann gesagt: Läuft schon.« Schuld an dem Chaos gibt er vor allem der Umstellung auf modularisierte Studiengänge.



mand habe ihm sagen können, welche Kurse er besuchen musste – selbst die Dozierenden nicht. »Später habe ich mir dann gesagt: Läuft schon.« Schuld an dem Chaos gibt er vor allem der Umstellung auf modularisierte Studiengänge.

Gestört hat den Polit-Aktivisten auch, dass für BA-Studierende in allen Veranstaltungen Anwesenheitspflicht herrschte. Die erlaubten Fehlstunden habe er »natürlich auf politische Happenings gelegt – den G8-Gipfel zum Beispiel«.

Manchmal hat nur Trickserei weitergeholfen: »In Seminaren kann man die Unterschriften nicht fälschen«, sagt er, »aber in Vorlesungen mit 200 Leuten...«

Die journalistische Praxis bringe ihm ohnehin viel mehr als das Sitzen in vollen Hörsälen, sagt der 22-Jährige. Neben seinem Studium schreibt er bereits Artikel für verschiedene Zeitungen. Den Kurs zur Einfüh-

## Die Aufsteigerin

»Ich lieg' ganz gut in der Zeit.« Nicole Schiemann\* studiert seit zwei Jahren Grundschulpädagogik und Mathematik. Im nächsten Semester möchte sie ihre BA-Arbeit schreiben, danach den Master dranhängen. Dass in ihrem Studium alles glatt läuft, ist gerade in Mathematik eher die Ausnahme. »Das war sehr viel Glück«, sagt sie: Gleich zu Beginn hat sie gute Freundinnen gefunden, mit denen sie lernen konnte. »Alleine hätte ich das Studium nie geschafft. Ich hätte die Motivation nicht gehabt.«

Dabei möchte sie schon seit ihrer Schulzeit Grundschullehrerin werden. Trotzdem hat sich Schiemann nach ihrem Realschulabschluss für »etwas Sicheres« entschieden: eine Ausbildung zur Industriekauffrau. Danach hat sie ihr Abitur nachgeholt und in Berlin angefangen zu studieren.



Studierende: »Meine Reaktionen auf das Studium haben mir nicht gefallen.«

Wenn sie ihren Erfolg erklären soll, sagt sie: »Ich bin sehr ehrgeizig.« Aber sie sitzt nicht den ganzen Tag vor ihrem Mathebuch, es bleibt auch Zeit für ihre Tätigkeit als Mentorin. Achtmal im Jahr trifft sie sich mit StudienanfängerInnen, hilft ihnen bei Problemen und redet mit ihnen über die Schwierigkeiten des Studiums. Außerdem betreut sie ein elfjähriges Migrantenkind, zusammen besuchen sie Ausstellungen oder treiben Sport. »Neben dem Studium«, sagt die 23-Jährige. »Auch wenn es meine Freizeit kostet.«

Ganz zufrieden ist sie aber doch nicht: Durch die Einführung des BA sei das Studium verschulter geworden. »Die Auswahl an Veranstaltungen ist sehr gering.« Das liege auch daran, dass sich die Dozierenden untereinander noch stärker absprechen. Und wenn Schiemann ihr einjähriges Masterstudium beendet hat, sei eine Lehrerstelle

in einem anderen Bundesland schwer zu erhalten, fürchtet sie. Dort dauere der Master nämlich doppelt so lang.

## Der Aussteiger

Er hat es nicht geschafft. Obwohl er es geschafft hat. Stefan Kleinhaus\* hat sein Studium nach einem Semester abgebrochen, obwohl er all seine Klausuren bestanden hat. In Physik und Mathematik ist das keine Selbstverständlichkeit. »Meine Reaktionen auf das Studium haben mir nicht gefallen«, sagt er. Kleinhaus leidet unter Prüfungsangst. »Einfach zu erleben, so aufgefressen zu werden von der Situation – das steht nicht im Verhältnis.«

Schon in der Schule, erzählt er, habe er mit dem Leistungsdruck gekämpft. »Dabei war ich nie gefährdet, durchzufallen.«

Nach seinem Abi hat er Cello studiert – bis zum Vordiplom. Dann wurde ihm der Stress zu viel. Ein Jahr später nahm er einen neuen Anlauf: Physik und Mathe mit Lehramtsoption, ein BA-Studiengang.


»Das ist noch stärker darauf ausgelegt, stromlinienförmig durchzukommen«, sagt



Fotos: Felix Werdermann

der 27-Jährige. Es gebe einen klaren Studienverlaufsplan: »Wenn ich eine Klausur nicht schaffe, kommt der total durcheinander.«

Kleinhaus sah sich einer ständigen Kontrolle ausgesetzt, jedes Semester musste er Leistungen erbringen, in jeder Veranstaltung anwesend sein. Und den Studierenden wurde bei Versagen mit Strafpunkten gedroht. Dabei werde der BA-Studiengang seinen eigenen Zielen nicht gerecht: Wenn viele ihr Studium abbrächen, Sorge das nicht dafür, dass die Studieneffizienz verbessert werde. Das Problem: »Der BA entspricht nicht der breiten Menschennatur«, sagt er.

Für ihn zumindest ist er nichts. 

\* Namen von der Redaktion geändert. Felix Werdermann ist Journalist aus Berlin.

# Anspruch verfehlt

**Die Bologna-Reform sollte die Hochschulen bis 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen. In Deutschland ist man weit hinterher.**

Von **Janis Klusmann**

**I**m April 1999 gaben die BildungsministerInnen von 29 europäischen Staaten den Startschuss für den so genannten Bologna-Prozess. Das Ziel: Bis 2010 soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden. Kernelemente dieser Reformen sind die Förderung der Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen, die Einführung eines zweistufigen Studiensystems und eines Leistungspunktesystems. Die Mobilität der Hochschulangehörigen sowie die europäische Dimension in der Hochschulbildung sollen verbessert werden.

Der Bologna-Prozess fand 2000 auch Eingang in die Lissabon-Strategie, deren Ziel es ist, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ein großer Anspruch also.

**Aber was ist jetzt die Realität an den Hochschulen?** Viele unterschiedliche Hoffnungen waren mit der Studienstrukturreform verbunden: Mehr Studierende sollten zum Studium motiviert, die Studiengänge besser eingeteilt und zugeschnitten, die Qualität der Lehre sollte verbessert werden. Und vor allem sollten weniger Studierende das Studium abbrechen.

Heute zeigt sich folgendes Bild: Die deutsche Bildungslandschaft ist meist unterfinanziert und damit beschäftigt, Mängel zu verwalten. Studieninhalte werden oft einfach von fünf Jahren Diplom oder Magister auf drei Jahre Bachelor umetikettiert. In der Praxis bedeutet dies dann mehr Arbeitsbelastung, mehr Prüfungen, mehr Präsenzzeiten, weniger Freiräume und Wahlmöglichkeiten.

Der Trichter des schon sehr selektiven deutschen Bildungssystems wird noch enger, da nach der Einführung von Studiengebühren in vielen Bundesländern Herkunft und Budget noch viel mehr über Studienaufnahme und -erfolg entscheiden. Denn jedes Semester mehr kostet Geld, und bei Nichterfolg droht die Zwangsexmatrikulation. Anstatt die Studienstrukturreform zu nutzen, um die

Interdisziplinarität zu erhöhen und innovative Lern- und Lehr-Methoden einzuführen, wird kleinstteiliges Prüfen jeder Veranstaltung zum Stressfaktor. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten entfällt so wichtige Zeit, sich an Studium, Habitus und neuen Lebensabschnitt zu gewöhnen.

Die angekündigten Erhöhungen im Bildungsetat in der neuen Bildungsrepublik Deutschland fallen sehr moderat aus. Dringend benötigte staatliche Investitionen im Bildungsbereich fehlen, um die Grundversorgung in vielen Fällen zu gewährleisten und Kapazitäten für mehr Studierende

auszubauen. Es

wird auch nicht mehr wissenschaftliches Personal eingestellt, Räume und Tutorien fehlen wei-

terhin. Zeitliche Überlastungen und inhaltliche Verdichtungen führen zu Demotivierung und Überforderung. Die Folge: Studienabbrüche nehmen zu.

## **Auch mit der Mobilität**

ist es nicht weit her: Schon deutschlandweit nimmt die Vergleichbarkeit aufgrund des Bildungsföderalismus ab, da die Reformen ganz unterschiedlich umgesetzt werden. Im europäischen Kontext ist das Auslandsstudium durch das Erasmus-Programm zwar gut gewährleistet. Aber Probleme bei der Anerkennung und zusätzliche Kosten erschweren Semester im Ausland vor allem bei knappem Budget.

Dazu kommt: Der Raum, sich auszuprobieren, fehlt. Intellektuelle und persönliche Entwicklung, gemeinsames Lernen, politisches Engagement – dafür gibt es keine geistigen und sozialen Freiräume mehr.

Durch restriktive Formen wie etwa die hohe Zugangsbeschränkung zum Master entsteht die Angst vor einem billigen Bachelor-Prekariat, das dann aushilfsweise – oder deutlich schlechter bezahlt – wissenschaftlichen Tätigkeiten nachgehen darf. Kurzum: Der Bachelor wird nicht ernstgenommen.

Nach dem Studium wird es nicht besser: Bei den Arbeitgebern ist die Umstellung auf Bachelor und Master noch überhaupt nicht angekommen, Studienform und veränderte Inhalte sind meistens völlig unbekannt.

Eine unsoziale, ungerechte und unverantwortliche Elitenbildung wird forciert statt die Hochschulen für Kinder aus bil-



Viele Studierende sagen: Lieber Spaghetti Bolognese als Bologna-Reform

Foto: Sören / photo case.com

dungsfernen Schichten endlich weiter zu öffnen.

Studierende mit einem solchen Hintergrund werden ebenso wie solche, die ihr Geld neben dem Studium verdienen oder sich um Kinder oder kranke Angehörige kümmern müssen, von der mangelhaften Studierbarkeit der neuen verschulerten Studienformen besonders hart getroffen.

Die Bologna-Reform geht so an den sozialen Wirklichkeiten der Studierenden vorbei.

**Ende 2008** haben – nach Studierendenvertretungen und Gewerkschaften – auch die HochschulrektorInnen auf ihrer Konferenz einheitlich festgestellt: Der große Wurf ist der Reform in Deutschland nicht gelungen. Sogar von Scheitern war die Rede.

Aber wohin soll es im Jahr zehn nach Bologna gehen? Auch die alten Diplom- und Magisterstudiengänge hatten ja ihre Schwächen. Deshalb sollte der Blick nach vorne gehen: Die Hochschule sollte ein freier sozialer Raum sein, der nach demokratischen Prinzipien gestaltet wird. Die Anforderungen sollten zu dem verfügbaren Zeitbudget in ein realistisches Verhältnis gebracht werden, auch müssten flexiblere Studienformen wie E-Learning, aber vor allem Teilzeitsemester eingeführt werden. Und vor allem: Die Durchlässigkeit zum Master muss gewährleistet sein, Berufsvor-Beschäftigungsbefähigung gestellt werden. Dafür muss man der Ökonomisierung von Bildung entschlossen entgegengetreten. **S**

Janis Klusmann ist Berater beim DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.



# Der Fluch der Vielfalt

**Die Föderalismusreform sollte die Hochschulen zu Höchstleistungen anspornen. Nun gibt es universitäre Kleinstaaterei – kein Spaß für Studis. Von Anna Lehmann**

**U**nterschiedliche Regeln und Vorschriften im Hochschulbereich sind ein Resultat des deutschen Föderalismus. Dieses staatliche Organisationsprinzip soll eigentlich eine gewisse Einheit mit einer gewissen Vielfältigkeit verbinden. Seit die Grundlagen des Zusammenspiels zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern vor zwei Jahren neu geregelt wurden, regiert im Hochschulbereich jedoch vor allem die Vielfalt: Denn nun ist jedes Land für seine Hochschulen allein verantwortlich. Das heißt, die Länder dürfen entscheiden, welche Bauten sie planen und finanzieren, sie allein können Gesetze erlassen und etwa auch festlegen, ob Studiengebühren erhoben werden.

**Zwar hat der Bund** formal noch die Kompetenz, einheitliche Regelungen zum Hochschulzugang und für die Abschlüsse zu erlassen. Doch macht er davon derzeit keinen Gebrauch, und die Länder haben ohnehin das Recht, davon abzuweichen.

Und das tun sie auch. Als bundeseinheitlich noch zwei Abschlüsse vergeben wurden – nämlich Magister und Diplom – ähnelten sich wegen des standardisierten Verfahrens auch die Studieninhalte. Die Studierenden konnten je nach Gusto nach zwei oder fünf Semestern von Marburg nach Mainz und von Berlin nach Bielefeld wechseln.

Mit der Umstellung auf die gestaffelten Abschlüsse Bachelor (BA) und Master wurde die Landkarte jedoch unübersichtlicher. Einige Bundesländer setzten die so genannte Bologna-Reform früher als andere um, die Föderalismusreform gab ihnen dann vollends freie Hand.

»Wir merken deutlich, dass sich die Studienangebote ausdifferenzieren. Die Länder versuchen sich stärker voneinander abzugrenzen und auf die Nachfrage der Studierenden einzugehen«, sagt Frank Doelle vom Hochschulinformationszentrum HIS in Hannover, einem von Bund und Ländern getragenen Unternehmen. Doch stimmten sich die Länder untereinander kaum dabei ab. Doelle: »Die Hochschulen können untereinander nicht mehr

vergleichen, welche Ausbildungsinhalte wo gelehrt werden.«

**Besonders bunt** ist das Bild in der Lehrerbildung. Jeder zehnte Studierende ist aktuell für ein Lehramtsstudium eingeschrieben, doch zum Berufsziel führen nicht nur 16, sondern hunderte Wege. Einige Universitäten bieten schon im BA-Studium Fachwissen und pädagogisches Grundwissen an, andere lassen die Studierenden erst einmal Fachwissen büffeln. Nach drei Jahren BA-Studium können sie dann im Masterstudiengang den Master of Education erwerben. Zudem bilden einige Bundesländer LehrerInnen für verschiedene Schularten getrennt aus, während andere Grund- und Ober-schulbildung vereinigen. »Für Lehramtsstudierende ist es schlicht unmöglich, das Bundesland zu wechseln«, sagt Maik Walm von der Bildungsgewerkschaft GEW.

Auch die Regeln für den Hochschulzugang legt jede Universität in Eigenregie fest. Das sei so intransparent und die Erfolgsaussicht so unwägbar, dass StudienanfängerInnen gezwungen seien, sich an zehn bis 20 Unis gleichzeitig zu bewerben, meint Florian Keller vom Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften. Deshalb können jedes Jahr tausende Studierende erst Wo-

chen nach dem offiziellen Semesterbeginn ihr Studium als Nachrücker beginnen, viele Studienplätze bleiben unbesetzt. Die Hochschulrektorenkonferenz, der Interessenverband für über 250 Fachhochschulen und Unis, verspricht die Lösung des Problems frühestens für 2010.

**Gleichzeitig** mehren sich Anzeichen, dass die Länder ihren Verpflichtungen beim Hochschulbau nicht nachkommen. »Die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz zeigen sich besorgt über die Entwicklung bei der Finanzierung des Hochschulbaus nach der Föderalismusreform«, notierten die RektorInnen nach ihrer Mitgliederversammlung im Januar 2009. Für

diese ehemalige Gemeinschaftsaufgabe überweist der Bund den Ländern bis 2013 jährlich noch 695 Millionen Euro.

Doch ob sie dieses Geld tatsächlich zur Sanierung einsetzen, wird nicht kontrolliert. »Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich bisher als verlässlicher Partner erwiesen«, lobt der Sprecher der Universität Köln, Patrick Honnecker.

Gleichzeitig räumt er ein, dass die Uni gut 300 Millionen Euro bräuchte, um jahrelang vernachlässigte Gebäude und Säle auf Vordermann zu bringen. Ob NRW oder andere Bundesländer solche Summen überhaupt aufbringen können, ist fraglich.

**Kein Wunder**, dass immer öfter Forderungen laut werden, den Bund wieder in die Pflicht zu nehmen: Die GEW fordert ein Bundesgesetz für den Hochschulzugang. SPD, Grüne und Linkspartei wollen die Föderalismusreform in Teilen rückgängig machen und Bildung wieder zur gemeinsamen Aufgabe von Bund und Ländern erklären.

Faktisch umgehen Bund und Länder die strikten Grenzen jetzt schon. Im Konjunkturpaket, mit dem die Bundesregierung die Wirtschaft ankurbeln will, sind 6,5 Milliarden Euro für den Bereich Wissenschaft und Bildung gebucht. Geld des Bundes, das vor allem in die Sanierung und Modernisierung von Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten fließt – entgegen der vereinbarten Spielregeln der Föderalismusreform. Die Länder haben bisher nicht dagegen protestiert. □

Anna Lehmann ist Bildungsexpertin und Journalistin aus Berlin.





Umverteilung an den Hochschulen: Das hilft nur Protest (wie im Mai 2008 in Bonn)

Foto: Karl-Heinz Hick / Jaker

# Unternehmen Universität

**Mehr Forschung und eine bessere Lehre hat NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart versprochen. In der Praxis nimmt die Wirtschaft massiv Einfluss.**  
Von **Andreas Wyputta**

**A**nnette Schavan (CDU) musste Macht abgeben – und jubelte trotzdem: Ein »klares Signal für die Freiheit und Autonomie« der Universitäten sei die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes, so die Bundesbildungsministerin im Mai 2007.

Ab Oktober 2008 sind damit nicht mehr der Bund, sondern die einzelnen Länder für die Unis zuständig, hatte die Föderalismuskommission im Streit um die Aufgabenverteilung in der Bundesrepublik zuvor beschlossen. Und die WissenschaftsministerInnen reagierten sofort: Sie nutzten ihren Machtzuwachs zu einem Komplettumbau der Hochschulen.

**Beispiel Nordrhein-Westfalen:** Schon vor dem Ende von Schavans Hochschulrahmengesetz hatte Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) seine schwarz-gelbe Landtagsmehrheit ein so genanntes Hochschulfreiheitsgesetz verabschieden lassen. »Schneller, beweglicher, besser« würden die Unis damit, versprach der FDP-Mann – und machte die Hochschulen des größten Bundeslandes faktisch zu selbstständig wirtschaftenden Unternehmen.

Zwar verzichtet NRW formal auf jedes

Weisungsrecht gegenüber den Universitäten. Doch die Düsseldorfer Regierung bleibt natürlich Hauptgeldgeber – und gibt mit ihrer »leistungsorientierten Mittelvergabe« weiter den Kurs vor: Viel Geld bekommen jetzt Unis, die in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Studierende zum Examen bringen und möglichst viele DoktorandInnen betreuen. Genauso wichtig aber sind Drittmittel, also Sponsorengelder, die von den ProfessorInnen der einzelnen Fachbereiche bei Industrie und Wirtschaft eingeworben werden müssen. 20 Prozent von Pinkwarts Hochschuletat werden nach diesen Kriterien verteilt – allein in diesem Jahr müssen die Unis um 425 Millionen Euro kämpfen.

**Ganz besonders umkämpft** sind die Drittmittel-Sponsoren aus der Wirtschaft. Doch die konzentrieren sich auf Ingenieur- und Naturwissenschaften, weil deren Ergebnisse unmittelbar vermarktet werden können. Die meisten Drittmittel bundesweit konnte schon 2005 die Technische Hochschule Aachen einwerben. An die RWTH mit ihren Fachbereichen Informatik, Maschinenwesen, Bauingenieurwesen oder Materialtechnik flossen satte 131 Millionen Euro. Die Dortmunder Hochschule hat sich im Dezember 2007 sogar in »Technische Universität« umbenannt und wurde vom Energiekonzern RWE prompt belohnt: 500.000 Euro stiftete die wegen ihrer schmutzigen Braunkohlekraftwerke in der Kritik stehen-


de Essener Firma für eine Professur zum Thema Energieeffizienz.

Schlecht stehen dagegen Hochschulen wie die Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn da. Am Rhein werden exotische Fächer wie Indologie, Islamwissenschaft oder Mongolistik, aber auch klassische Geisteswissenschaften wie Geschichte angeboten – wenig interessant für die Industrie also. Die Folge ist ein umfangreicher Stellenabbau: »Der Hochschule fehlen für die kommenden Jahre 7,5 Millionen Euro«, klagte Uni-Sprecher Andreas Archut schon im vergangenen Jahr. Bis 2010 müssten in der Lehre deshalb rund 150 Stellen gestrichen werden.

**Selbst schuld**, heißt es aus Pinkwarts Ministerium dazu: »Die Landesregierung hat bei den Hochschulen nichts gekürzt«, weist seine Sprecherin Vorwürfe der Studierenden zurück.

Pinkwart kürzt also nicht, aber er verteilt im Sinne der Industrie um.

NRW soll sich »unverkrampt zu Elite und Exzellenz in Wissenschaft und Wirtschaft bekennen«, fordert er.

Der Wissenschaftsminister sei an Bildung nur interessiert, wenn sie sich unmittelbar zu Geld machen lasse, hält die Opposition dagegen. Gerade unkonventionellen Fächern wie jenen in Bonn drohe das Aus, warnt etwa der SPD-Hochschulexperte Karl Schultheis: »Eine verheerende neoliberale Entwicklung.« 

*Andreas Wyputta arbeitet als Journalist in Düsseldorf.*



# Schlusslicht Deutschland

**Im internationalen Vergleich bringt Deutschland zu wenig junge Menschen an die Hochschulen. Und trifft dabei auch noch eine harte soziale Auswahl. Von *Andreas Schackert***

**M**itte November 2008 lautete die Zahl der Woche auf den Seiten des Berliner Senats 23.555: So viele Studierende hatten sich zum Wintersemester 2008/9 neu an Berliner Hochschulen eingeschrieben. Erstaunlich – wenn man bedenkt, dass 2008 nur etwa 15.000 BerlinerInnen das Abitur bestanden hatten.

Doch das Beispiel trägt. Tatsächlich kamen 2008 bundesweit nicht einmal zwei von fünf Jugendlichen eines Jahrgangs an die Hochschulen. Das ist doppelt blamabel – nicht nur, weil Deutschland damit weiter zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union und den in der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD organisierten Industrieländern gehört, kurz vor Bulgarien und Albanien. Blamabel ist vor allem, dass fähige junge Menschen ihre Potenziale nicht entwickeln können, weil das deutsche Hochschulsystem sie gar nicht will. Wenn 95 von 100 Beamtenkindern mit Abitur ein Studium aufnehmen, von 100 Arbeiterkindern mit Abitur aber nur 30, fragt man sich doch, was die anderen fünf bzw. 70 abschreckt.

**Die Antwort lautet meist:** die Kosten. Monatliche Lebenshaltungskosten von mehr als 700 Euro werden nur für jeden vierten Jungakademiker ganz oder teilweise vom BAföG abgedeckt. Regelmäßige Stipendien bekommen in Deutschland weniger als vier Prozent der Studis. Zwei von drei Studierenden müssen also selbst sehen, woher sie das Geld für Miete, Mensa und Monatskarte bekommen.

Zusätzlich haben einige Bundesländer in Westdeutschland zuletzt Studiengebühren eingeführt. Wer mag, kann sie per Kredit finanzieren, steht dann aber nach fünf Jahren an der Uni mit Schulden da. Die Jobgarantie dazu gibt's aber nicht: Selbst drei Jahre nach dem Studium arbeiten 60 Prozent der IngenieurInnen und Magister nicht in einer unbefristeten Beschäftigung.

Wer hingegen nach dem Abitur eine Ausbildung macht, hat im gleichen Alter eventuell ein Gehalt, Bausparvertrag und eine Beschäftigungsperspektive. Wer da noch stu-

diert, kommt meist aus einem gut situierten Elternhaus, hat schon früh einen sehr guten Plan – oder viel Idealismus.

Idealismus scheint auch das zu sein, was Bundesregierung und Landesregierungen von den zwei Millionen Studierenden in der BRD erwarten. Das Studium für alle sozialen Schichten attraktiv zu machen, kommt ihnen jedenfalls nicht in den Sinn – obwohl viele weniger wohlhabende Länder das schaffen.

**Mitte 2008** hat die EU-Kommission die bislang letzte aktuelle Vergleichsstudie »Eurostudent« über Studierende in Europa und ihre soziale Situation vorgestellt. Sie zeigt, wie es um Deutschlands Studierende steht – im Vergleich mit 20 europäischen Staaten von Irland bis zur Türkei. Das Ergebnis macht deutlich, dass selbst viele ehemalige Warschauer Vertragsstaaten nicht nur bei der Studierquote besser sind.

Deutschland belegt beim Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Schichten und dem Anteil der qualifizierten QuereinsteigerInnen ohne Abitur an den Hochschulen jeweils den vorletzten Platz. Ein paar Gründe liefern die Rahmenbedingungen: So rangiert Deutschland bei der Frage, wie viele Studierende in preiswerten Wohnheimen unterkommen, auf Platz 17, bei der Frage, wo die meisten Studienkosten von den Eltern getragen werden, jedoch auf Platz 4.

Andere Erhebungen, von denen die Bundesregierung einen Großteil finanziert, kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Laut OECD liegt der Anteil der HochschulabsolventInnen in Deutschland 15 Prozent unter dem internationalen Durchschnitt. Nach Informationen des Deutschen Studentenwerks verzichten vor allem ärmere Studierende auf den nicht nur für die Bewerbungsmappe positiven Auslandsaufenthalt. Laut Hochschulinformationssystem (HIS) sinkt der Anteil der AbiturientInnen, die ein Studium aufnehmen, seit 2002 bei-



Studis haben nicht die Wahl, die Regierung schon

Foto: Peter Jülich / ip-photo.com

nahe kontinuierlich. Das Bundesbildungsministerium erkennt in seinem Studierenden-Survey, dass für einen von zwei Studis der Nebenjob zur Studienfinanzierung unverzichtbar ist. Und der Monitoring-Beirat des baden-württembergischen Wissenschaftsministers konstatiert schon bei der Ankündigung von Studiengebühren eine abschreckende Wirkung – für sozial Schwache.

**Natürlich ist das alles** in der Politik bekannt. Trotzdem werden beispielsweise die Zuschüsse für Studentenwerke gekürzt. An anderer Stelle jedoch ist Geld da: Wer neben dem Studium jobbt,

**...soviel Sozialversicherungsabgaben zahlen wie normale ArbeitnehmerInnen.**

muss nur halb soviel Sozialversicherungsabgaben zahlen wie normale ArbeitnehmerInnen. Da sparen nicht nur die Studierenden, sondern gleich auch noch die Arbeitgeber. Deshalb stellen sie lieber Studierende ein als andere Arbeitssuchende.

Was der Staat hier zuschießt, ist ordentlich: Er gleicht die Einnahmeverluste der Sozialkassen aus, stützt die Arbeitssuchenden und wartet ein paar Semester länger, bis die teuer ausgebildeten AkademikerInnen endlich richtig was einbringen – weil die ja mit Nebenjob die Regelstudienzeit nicht einhalten können.

Infos: [www.dgb-jugend.de/mediabig/6131A.pdf](http://www.dgb-jugend.de/mediabig/6131A.pdf)

[www.bmbf.de/pub/studiensituation\\_studentetische\\_orientierung\\_zehn.pdf](http://www.bmbf.de/pub/studiensituation_studentetische_orientierung_zehn.pdf)

[www.studentenwerke.de/se/2007/Hauptbericht18SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2007/Hauptbericht18SE.pdf)

[www.eurostudent.eu](http://www.eurostudent.eu)

Andreas Schackert ist Berater beim DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.



# Kein Einzelfall

**Zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium Geld verdienen. Das schlägt auf die Leistungen durch.**

Von **Sören Becker**

**D**er verregnete Tag im Vorlesungssaal vorbei, noch schnell in die Bibliothek für das Referat nächste Woche und dann...

Feierabend machen die anderen, Durchschnittsstudentin Anna muss noch auf Arbeit. In die Kneipe, ins Call-Center oder an die Supermarktkasse. Zwei Drittel aller Studierenden arbeiten neben dem Studium. Allerdings machen die stark strukturierten neuen Studiengänge Bachelor und Master die Zeit für solche Zuverdienste immer knapper.

**Klasse gegen Klasse: Studierende aus höheren und mittleren Schichten arbeiten öfters als studentische Hilfskräfte...**

## Einkommen aus

**Erwerbsarbeit** ist trotz BAföG und Elternunterhalt einer der wichtigsten Wege, ein Studium zu finanzieren. Die wichtigste Quelle für Zahlen über die Erwerbstätigkeit von Studierenden ist die regelmäßige stattfindende Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Die aktuellste gibt Aufschluss über die Lage im Jahr 2006. So waren im Sommersemester 2006 63 Prozent aller Studierenden nebenher erwerbstätig. Ein Drittel arbeitete regelmäßig, zehn Prozent häufig und ein knappes Fünftel gelegentlich. Bei den übrigen hielten es nur zehn Prozent nicht für erforderlich; 24 Prozent konnten ihr Studium nicht mit einem Nebenjob vereinbaren.

Auch über die Motivlage gibt die Studie Auskunft: Für 42 Prozent ist das Jobben notwendig, um den Lebensunterhalt zu sichern. Kaum weniger, 39 Prozent, gaben an, sich durch Jobben den Lebensstandard sichern zu wollen. Für 28 Prozent ist die finanzielle

Unsicherheit ein Grund. Praxiserfahrung und berufliche Kontakte – die den Einstieg ins Arbeitsleben erleichtern sollen – hielten nur 26 bzw. 16 Prozent für relevant.

**Arbeit neben dem Studium** folgt also fast immer aus einer objektiven, existenziellen Notwendigkeit. Studierende aus finanziell schwächeren Schichten oder ältere, die ihre Krankenversicherung selbst bezahlen, müssen besonders häufig ran.

So gehen fast die Hälfte der Studierenden einer Aushilfstätigkeit nach. 22 Prozent arbeiten als studentische Hilfskräfte an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen. Nur neun Prozent geben an, dass sie ihre Studienkenntnisse an ihrem Arbeitsplatz einsetzen können.

Auch hier gibt es einen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Studierenden und ihrer Tätigkeit: Studierende aus höheren und mittleren Schichten arbeiten öfters als studentische Hilfskräfte, während bei den Aushilfstätigkeiten vermehrt junge Leute aus der Unterschicht anzutreffen sind. Das heißt: Die Situation zwingt diejenigen in studienferne und wenig qualifizierte Jobs, die auf ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit stärker angewiesen sind.

**Dass Arbeiten gehen** gegen Lohn verkaufte Zeit ist, ist allgemein bekannt. Allerdings wirkt sich dieser Tausch für Studierende besonders problematisch aus – weil sie nicht nur arbeiten, sondern sich hauptsächlich ihrem Studium widmen. Die Sozialerhebung hat ergeben, dass Anna


sie auf der Arbeit, die Wegezeiten nicht eingerechnet.

Die Zeit, die zum Geldverdienen verwendet wird, fehlt bei der Vorbereitung von Seminaren und Prüfungen. Das hat Auswirkungen auf den Studienerfolg: Studierende, die nebenher arbeiten, studieren oft länger und arbeiten mehr, je länger sie studieren, um die steigenden Kosten zu decken. Besonders betroffen sind Studierende aus niedrigen sozialen Schichten ohne vorherige Berufsausbildung. Sie arbeiten in Segmenten, in denen der Stundenlohn niedriger ist – und müssen so noch länger ran. Das verstärkt die soziale Schieflage.

**Die neuen Studiengänge** Bachelor und Master erschweren die Koordination von Studium und Arbeit zusätzlich. Hier existieren Studienpläne, die weniger Wahlfreiheit lassen, Prüfungsleistungen müssen häufig noch in der Vorlesungszeit erbracht werden, die Zeiträume für die Abschlussprüfungen sind weniger variabel. Der Wochenplan

wird so zunehmend durch das Studium vorgegeben.

Die Anna-Generation ist hier schon gegenüber der nur ein paar Jahre älteren ihres Bruders Otto benachteiligt, die Studien- und Arbeitszeiten noch einigermaßen koordinieren konnte. Anna muss am Wochenende und abends auf Arbeit gehen, was einerseits die Möglichkeiten erheblich einschränkt – normale Büroaushilfsarbeiten etwa sind zu diesen Zeiten kaum möglich. Andererseits erhöht es die Konkurrenz zwischen den aufs Geldverdienen angewiesenen Studierenden, die alle das gleiche Zeitfenster haben.

**Die Lösung des Problems** wäre die bedarfsdeckende staatliche Studienfinanzierung. Darauf arbeiten Gewerkschaften hin. Aber auch um die Probleme von Studierenden im Nebenjob aufzugreifen, vertreten Gewerkschaften studentische ArbeitnehmerInnen im Betrieb. Zudem wurde ein Netz von gewerkschaftlichen Einrichtungen aufgebaut, in denen Studierende eine erste Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, zum Beispiel zur Lohnfortzahlung bei Krankheit und im Urlaub, erhalten können. 

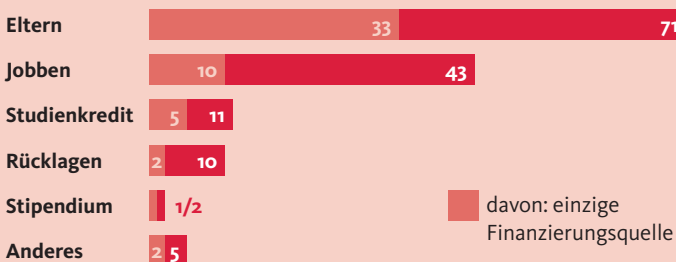
Hier gibt's die Sozialerhebung: [www.studentenwerke.de/se](http://www.studentenwerke.de/se)

Sören Becker ist Berater des DGB-Jugend-Projekts »Students at work«.



## FINANZIERUNG VON STUDIENGEBÜHREN

In Prozent der Studienberechtigten, die bereits oder in Kürze Studiengebühren zahlen



Quelle: HIS Studienberechtigtenbefragung

# Lernstoff: Überleben

**Die Bachelor- und Masterstudiengänge setzen den Studierenden zu. Eine zunehmende Zahl braucht psychologische Hilfe. Von Jana Brenner**

**D**er Zusammenbruch kam im zweiten Semester, nach einer verpatzten Klausur in Mathematik: Weinkrämpfe, Kraftlosigkeit, Schlafstörungen. Bettina ist 21 und will Biologie- und Mathematiklehrerin am Gymnasium werden. Das kann sie nur, wenn ihre Bachelor-Abschlussnote nicht schlechter als 2,5 ist und sie einen der wenigen Masterplätze ergattert. Da ab der ersten Klausur alle Leistungen für den Abschluss zählen, ist die Anspannung hoch.

## 20 bis 25 Prozent der Studierenden

ergeht es so, schätzt Wilfried Schumann, der Leiter der Psychosozialen Beratungsstelle der Universität und des Studentenwerks Oldenburg. Um den psychischen Gesundheitszustand der »Entscheider von morgen« ist es nicht gut bestellt: In einer Studie der Techniker-Krankenkasse von 2007 gaben 16 Prozent der befragten Studierenden an, »innerhalb der vergangenen zwölf Monate eher oder sehr oft unter depressiven Verstimmungen gelitten zu haben«.

Nur sechs Prozent suchten eine der Beratungsstellen auf, die Hochschulen, ASten und die Studentenwerke eingerichtet haben. »Es gibt immer noch eine Hemmschwelle, sich von Psychologen helfen zu lassen«, sagt Schumann.

Bettinas Hausarzt verschrieb erst mal ein Beruhigungsmittel, bevor er ihr zu psychologischer Hilfe riet.

**Mehr Prüfungen** und jede Note zählt: »Das erzeugt direkt zu Studienbeginn einen großen Druck. In Diplomstudiengängen hatte man dagegen eine eher entspannte Orientierungszeit«, sagt Anja Gadow vom Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs). Eine bundesweite Umfrage gab es

noch nicht. Aber nach der neuesten Bachelorbefragung der Freien Uni (FU) Berlin im Sommersemester 2008 nehmen 35 Prozent der Immatrikulierten »eine große Konkurrenz zwischen den Studierenden wahr«. 74 Prozent »klagen über den herrschenden Leistungsdruck im Studium«. Trotzdem gaben auch 74 Prozent an, »im Allgemeinen« mit dem Studium oder dem gewählten Studiengang zufrieden zu sein.

»Wir verstehen auch nicht ganz, wie diese Zahlen zusammenpassen«, sagt Sebastian Schneider vom AStA der FU. »Es könnte daran liegen, dass Studieren immer noch als Privileg empfunden wird. Und natürlich gibt es auch Bachelor-Studierende, denen das Studium einfach Spaß macht.«

Wer früher an zu viel Freiheit in der Organisation seiner Studien gescheitert wäre, finde nun viel klarere Verhältnisse vor, sagt auch Schumann.

## Vielen scheint das allerdings nicht zu helfen.

Nicht nur das Lernpensum und die permanente Leistungskontrolle belasten sie. Der Gedanke an die eigenen Schulden, die schrumpfenden Ersparnisse der Eltern oder das niedrige BAföG sorgt auch nicht für gute Laune. »Schon im ersten Semester ist klar: Ich muss das in der Regelstudienzeit schaffen«, berichtet Schumann. »Dabei ist es völlig irrsinnig anzunehmen, dass alle innerhalb der vorgesehenen Zeit fertigwerden.«

Diese Einschätzung bestätigt auch Schneider: »Es liegt auch an der Klassenstruktur und dem verschulerten System. Dadurch, dass man immer mit denselben Leuten in Kursen sitzt, wird es wie Sitzenbleiben empfunden, wenn man beim Tempo nicht mitkommt.«

»Einen Lebenslauf mit Lücken und Umwegen wollen viele Studenten um jeden Preis vermeiden«, sagt Schumann. »Ich finde es manchmal erschreckend, wie sehr die jetzige Studentengeneration verinnerlicht hat, dass man vor allem eins sein muss:

schnell und gut.« Viele seien bereit, alles für das Studium zu tun. Auf der Strecke blieben Freizeit, Freunde, Liebesbeziehungen.

**Für die psychologischen Beratungsstellen** bedeutet das viel Arbeit: Identitäts- und Selbstwertprobleme, neurotische und psychosomatische Symptome und Suizidalität kommen Schumann zufolge am häufigsten vor. Und massive Zukunftsängste.

Mit den neuen Studienbedingungen änderten sich auch die Beratungsanfragen, beobachtet Schumann. Immer häufiger kämen Studierende schon am Anfang des Studiums. Ein Jahr nach der Einführung von Bachelor- und Master in Oldenburg waren die Erstsemester zum ersten Mal »die am stärksten vertretene Gruppe bei den Neuanmeldungen«. Sie bräuchten »Überlebenstechniken«.

Einige Hochschulen bemühen sich mittlerweile um vorbeugende Maßnahmen. Sie bieten Seminare zum »Time-Management«, »Stressbewältigungs-Workshops« und »Individuelles Coaching«. Vor der »Work-Life-Balance« im Berufsleben kommt anscheinend die »Study-Life-Balance«.

Andere ändern die Studienbedingungen eigenmächtig. So studieren die Bachelor-Erstsemester aller Fachrichtungen an der Universität Lüneburg seit dem Wintersemester 2007/2008 zusammen. Wissenschaftliche Methoden stehen zunächst für alle im Mittelpunkt, dazu kommen die Schwerpunktfächer.

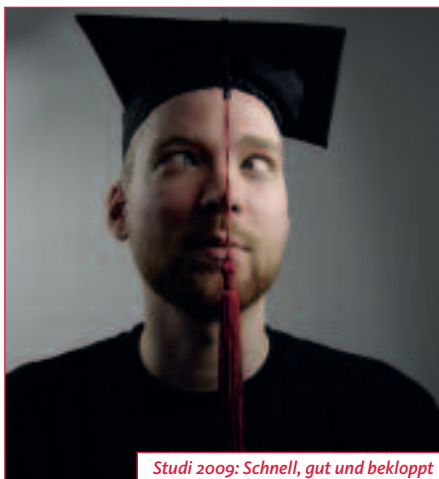
Diese Strategie ist pragmatisch – es ist nicht damit zu rechnen, dass der Bachelor wieder abgeschafft wird. »Natürlich ist es wichtig und richtig, was die Beratungsstellen leisten«, sagt fzs-Vorstand Gadow. »Aber an die Ursachen wird überhaupt nicht rangegangen.«

**Dabei macht der Bachelor** nicht nur den Studierenden das Leben schwer. Gadow beobachtet einen »sehr hohen internen Stresspegel« an der gesamten Universität: »Die Mitarbeiter und auch die Professoren müssen alles ohne zusätzliche Kapazitäten umstellen.«

Teilweise schraubten die Professoren die Prüfungen auch schon wieder runter – »aber nicht«, sagt Gadow, »weil die für die Studenten zu stressig sind, sondern weil sie das alles korrigieren müssen«. □

Jana Brenner ist Journalistin aus Berlin.

## Identitäts- und Selbstwertprobleme, neurotische und psychosomatische Symptome...



Studi 2009: Schnell, gut und bekloppt

Foto: kallejipp / photocase.com



Brauchen Zeit, Geld und Glück: Studierwillige aus dem Ausland

Foto: Peter Albaum/Joker

# Restriktiv mit Hürden-Wust

»Free Mover«: Immer noch kommen die meisten ausländischen Studierenden auf eigene Faust. Das birgt Risiken.

**R**und 190.000 so genannte BildungsausländerInnen besuchen laut der Sozialerhebung des Studentenwerks deutsche Hochschulen – fast ein Zehntel der gesamten Studierenden. 85 Prozent sind »Free Mover«, die sich ohne Austauschprogramm durchschlagen und alles selbst organisieren müssen. Nicht einfach bei der deutschen Bürokratie.

Die größten Schwierigkeiten sind dabei neben der Integration die Finanzierung und die Organisation des Studiums. Das deutsche Hochschulsystem und seine Voraussetzungen zu verstehen, das gerade im Umbruch steckt – das schaffen deutsche StudienanfängerInnen kaum. Kein Wunder, dass

40 Prozent der NichtinländerInnen sagen, dass sie Schwierigkeiten haben, sich zu orientieren.

**Das fängt schon mit dem Herkommen an:** Wer ein Visum will, muss die Zulassung an einer Universität vorweisen, teils schon Deutschkenntnisse und einen Finanzierungsnachweis.

Aber auch damit ist man noch lange nicht angenommen: Viele Schulabschlüsse aus dem Ausland werden nicht automatisch anerkannt, und dann steht vor der Uni das Studienkolleg, das auf das Studium vorbereiten soll. Und davor wiederum eine Sprachprüfung. Aber auch nicht überall: Nordrhein-Westfalen ist das erste Land, das die staatlichen Studienkollegs nun wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen hat. Nun gibt es Modellversuche mit einem kostenpflichtigen, aber kürzeren »freshman year«.

**Viele Schulabschlüsse aus dem Ausland werden nicht anerkannt, und dann steht das Studienkolleg an, das auf das Studium vorbereiten soll.**

Im Bundesverband der ausländischen Studierenden (BAS) befürchtet man, dass so ein Ungleichgewicht im Bewerbungsprozess entsteht. »In der deutschen Hochschullandschaft sind High Potentials (Überflieger, Anm. der R.) eher gewünscht als Free Mover – das geht leider oft damit einher, dass Reiche bevorzugt und Arme durch den Hürden-Wust ausgeschlossen werden«, sagt Andreas Weber vom BAS.

**Tatsächlich** ist für viele ausländische Studierende die Finanzierung eines der größten Probleme. Ein Studium in Deutschland ist zwar immer noch günstiger als etwa in den USA, aber die Kosten steigen: Von den Studiengebühren abgesehen, zahlen TeilnehmerInnen für einst kostenlose Deutschkurse mehrere hundert Euro. Hinzu kommen restriktive Arbeitserlaubnisse, mit denen ausländische Studierende nur 90 bzw. 180 halbe Tage arbeiten dürfen. [S](#)

Beate Willms

Infos: [www.bas-ev.de](http://www.bas-ev.de)

## AUFSTIEGSSTIPENDIEN

### Studieren ohne Abitur

Für Fachkräfte ohne Abitur ist es hierzulande besonders schwer, an eine Hochschule zu kommen. Das zeigt der Europäische Studentenreport. Im Vergleich mit 22 anderen EU-Ländern belegt Deutschland einen der hinteren Plätze. Während sich in Schweden 36% der Studierenden statt über ein Abitur über einen Beruf für das Studium qualifiziert haben, sind es hier gerade mal 5% – genauso viel wie in Lettland. Selbst Spanien (33%), Schottland (25%), Irland und die Niederlande (10%) machen es da besser. Ein Problem dabei ist die Finanzierung – und die

will das Bundesbildungsministerium nun erleichtern: Bis Ende 2009 sollen bis zu 1.500 StudienanfängerInnen ohne Abitur, aber mit Berufsausbildung gefördert werden. Ursprünglich waren 1.000 Stipendien eingeplant, wegen der großen Nachfrage stockte das Ministerium noch einmal auf und stellt nun Mittel in Höhe von 6 Mio. Euro bereit.

Mehr als 2.700 Frauen und Männer hatten sich in der ersten Auswahlrunde zum Wintersemester 2008/09 um ein Aufstiegsstipendium beworben. Gesucht waren besonders begabte AbsolventInnen einer Berufsausbildung mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung.

Das Stipendium soll für Studiengänge an einer staatlich anerkannten Hochschule gelten. Kriterien für eine besondere Begabung sind dem Ministerium zufolge eine Abschlussprüfung, die besser als mit »Gut« abgeschlossen wurde, der Gewinn eines überregionalen Leistungswettbewerbs oder aber die Empfehlung des Arbeitgebers.

Für ein Vollzeitstudium erhalten die StipendiatInnen inklusive Büchergeld 730 Euro monatlich. Eltern können eine Pauschale für die Betreuung kleiner Kinder von 113 Euro in Anspruch nehmen. [S](#)

[www.aufstieg-durch-bildung.info](http://www.aufstieg-durch-bildung.info)

# Zahlen und murren

**In sieben von 16 Bundesländern gelten ab dem ersten Semester Studiengebühren. Doch die Studierenden finden sich damit nicht ab. Sie protestieren – und hoffen auf die Landtagswahlen.**  
 Von **Anna Lehmann**

**A**n den 26. Januar 2005 kann sich Nele Hirsch noch genau erinnern: Damals war sie in Karlsruhe und protestierte vor dem Gebäude des Bundesverfassungsgerichts. Später durfte sie auch hinein. Hirsch vertrat damals den Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs), einen Dachverband studentischer Hochschulgremien. Der fzs hatte eine Stellungnahme ausgearbeitet, die Studiengebühren verurteilte. Die Richter ließen sich nicht beeindrucken: Sie hoben das bundesweite Verbot von allgemeinen Studiengebühren auf.

»Das war eine Niederlage«, sagt Hirsch. Aber mit dem Gebührener Urteil hätten die Befürworter ihren Zenit auch erreicht. »Heute gibt es eher wieder eine Tendenz, Gebühren abzuschaffen«, glaubt sie. Und kämpft weiter. Allerdings nicht mehr als studentische Vertreterin. Sondern im Bundestag als hochschulpolitische Sprecherin für die Fraktion der Linkspartei.

**Vier Jahre** sind seit dem Gebührener Urteil vergangen. Die RichterInnen entschieden damals mit knapper Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen, dass ein generelles Verbot des Bundes nicht mit den Geboten des Föderalismus übereinstimme. Sie legten die Entscheidung über die Einführung von Gebühren also in die Hand der Länder, die ihre Freiheit rasch umsetzten.

In den unionsregierten Bundesländern westlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze müssen Studierende mittlerweile Studiengebühren bis zu 500 Euro ab dem ersten Semester bezahlen. Die ostdeutschen Länder erheben zwar keine Beiträge fürs reguläre Studium. In Thüringen und Sachsen-Anhalt werden aber diejenigen, die länger brauchen als die Studienordnung festlegt,

ebenfalls zur Kasse gebeten. Sachsen erhebt Gebühren für jedes Zweitstudium.

Vorreiter für die Campus-Maut ab dem ersten Semester waren Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Bereits Ende des Jahres 2005 entschied der Landtag in Hannover, dass Studienanfänger ab Herbst 2006 pro Semester 500 Euro entrichten mussten. Wer das Studium vorher begonnen hatte, bekam ein halbes Jahr länger Zeit. Zwar können die Studierenden die Gebühren bis nach dem Studium stunden lassen. Dann müssen sie sie allerdings mit Zinsen nachzahlen.

**Die NRW-Landesregierung** hat es den Universitäten anheimgestellt, Studiengebühren zu erheben. Bis auf wenige Ausnahmen wie die Fern-Uni Hagen verlangen sie nun ebenfalls seit Herbst 2006 bis zu 500

Euro Einschreibebeitrag pro Semester. An einigen Unis müssen die Hochschulgremien über Gebühren jetzt neu entscheiden.

Die GegnerInnen des Bezahlstudiums versuchen, diese Gelegenheiten zu nutzen. Der Allgemeine Studierendenausschuss in Münster und das Bündnis gegen Studiengebühren riefen die Münsteraner Studierenden im Dezember 2008 zu einer Demonstration für kostenloses Studieren auf. Umsonst. Der Senat der Universität stimmte dafür, zwei weitere Jahre 275 Euro fürs Semester zu verlangen.

Wirkungslos blieben auch landesweite Boykottaufrufe, etwa in Baden-Württemberg. Dort wie in Bayern müssen Studierende seit 2007 pro Semester 500 Euro entrichten.

**Die Idee hinter dem Boykott:** Statt ans Land überweisen die Studis das Geld auf ein Treuhandkonto. Da liegt es, während ein Anwalt im Namen der Betroffenen gegen Gebühren klagt. An den meisten Unis wurde die Mindestbeteiligung von 25 Prozent der Studierenden aber nicht erreicht. Einige kleinere Unis konnten zwar genügend Mitstreiter gewinnen, überwiesen das eingesammelte Geld aber dann brav an die Landeskasse – aus Furcht, die Unis könnten die Rebellen rauswerfen. »Dennoch war der Boykott richtig«, meint Florian Keller vom Vorstand des fzs. Die Studis seien für das Thema sensibilisiert worden. Der fzs setzt nun auf die Landtagswahlen. Im Saarland et-

wa, wo Studierende seit 2007 zunächst 300 und später 500 Euro pro Semester zahlen müssen, hofft die Linkspartei auch über die versprochene Abschaffung von Studiengebühren ihren Kandidaten Oskar Lafontaine in den Ministerpräsidentensessel zu hieven. Die SPD, die sich als Koalitionspartner nicht verweigern würde, ist ebenfalls gegen Gebühren. In Thüringen will sich die CDU vor den anstehenden Wahlen nicht als Gebührenfanouten.

SPD und Linkspartei argumentieren, dass Gebühren sozial ungerecht seien und Kinder aus weniger gut betuchten Familien vom Studium abhielten. Die Grünen dagegen haben in Hamburg, wo sie seit 2008 zusammen mit der CDU regieren, aber nachgelagerten Studiengebühren zugestimmt. Die 2.250 Euro, die etwa ein sechssemestriges Bachelor-Studium kostet, müssen erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden. Und auch nur dann, wenn die AbsolventInnen einen Job finden und mehr als 30.000 Euro im Jahr verdienen.

**Eine Studie** des Hochschulinformationszentrums (HIS) in Hannover erhärtet indes Befürchtungen, wonach Gebühren abschreckend wirken. Bis zu 18.000 Studienberechtigte verzichten deswegen auf ein Studium, fanden die ForscherInnen bei Befragungen von SchulabgängerInnen heraus. Besonders verunsichert sind Kinder aus Arbeiterfamilien, von denen jedes vierte wegen der Gebühren zögert, ein Studium aufzunehmen, unter dem Akademikernachwuchs ist es nur jeder sechste.

Die Verunsicherung erreicht auch Studierwillige aus Ländern, die keine Gebühren erheben: »Jeder fünfte ostdeutsche Studienberechtigte, der sich hinsichtlich einer Studienaufnahme noch unsicher ist, gibt an, das gewünschte Studium aufgrund von Studiengebühren voraussichtlich nicht aufzunehmen«, heißt es in der HIS-Studie.

Untersuchungen der Technischen Universität Dresden bestätigen dies. »Gerade bei Studierwilligen aus wenig privilegierten Elternhäusern wirken sich Gebühren problematisch aus«, sagt Hochschulforscher Andrä Wolter.

Und gibt zu bedenken: Wenn Deutschland mehr Studierende will, müssen diese aus den nicht privilegierten Gruppen kommen. Denn Akademikerkinder studieren in der Regel sowieso – mit oder ohne Gebühren. S

**Eine HIS-Studie erhärtet Befürchtungen, wonach Gebühren abschreckend wirken.**

**Bis zu 18.000 Studienberechtigte verzichten deswegen auf ein Studium.**





Studierende sagen: Potenzielles Stopfmittel für Haushaltslöcher sollen Gebühren auf keinen Fall sein. Besser ist, es gibt erst gar keine!

Foto: Roland Geisheimer / Attenzione

# Gebühren kommen

**Wartet's ab, bis die Haushaltslöcher groß genug sind – Jessica Castro Merino kommentiert den Ausgang der Landtagswahl in Hessen.**

**Roland Koch (CDU) hat angekündigt, die Studiengebühren auch nach seinem Wahlsieg nicht wieder einzuführen. Traut ihr dem Versprechen?**

Nein, ganz und gar nicht. Roland Koch hat das im Wahlkampf versprochen. Auch 2003 bei der Einführung von Langzeitstudiengebühren hatte er zugesichert, dass keine allgemeinen Studiengebühren eingeführt werden. Und zwei Jahre später gab es schon einen Gesetzentwurf!

**Aber die FDP, die nun Koalitionspartner ist, hat unlängst auch beschlossen, keine Studiengebühren mehr einzuführen.**

Die FDP hat auf Antrag der Jungen Liberalen entschieden, Gebühren in der nächsten Legislaturperiode auszusetzen. Sie hat aber nicht entschieden, darauf zu verzichten. Die hochschulpolitische Sprecherin hat nach dem Parteitag auch gesagt, man sollte das den Hochschulen überlassen. Das heißt, die FDP ist nicht grundsätzlich gegen Gebühren. Und ich würde nicht darauf wetten, dass die Partei nicht einknickt, wenn Löcher im Haushalt gestopft werden müssen. Das Land Hessen hat ja angekündigt, die 52 Millionen Euro zu kompensieren, die die Unis durch den Ausfall der Gebühren weniger zur Verfügung haben.

**52 Millionen Euro pro Jahr – haben die Gebühren den Unis zumindest finanziell also doch etwas gebracht?**

Kurzfristig schon. Aber langfristig bieten

Gebühreneinnahmen keine Planungssicherheit. Wieviel Geld die Unis letztlich mehr zur Verfügung haben, ist eine politische Entscheidung.


**Hat man an der Uni Frankfurt gemerkt, dass mit der Einführung von Gebühren im Herbst 2007 mehr Geld da war?**

Man hat gemerkt, dass neue Beamer, Tische und Stühle angeschafft wurden. Aber dafür, dass die Gebühren zweckgebunden der Lehre zugute kommen sollten, hätte ich mehr erwartet.

**Weil die jetzigen Gebühren zu wenig bringen, fordern die Studierenden, ganz auf sie zu verzichten?**

Uns geht es nicht nur um Studiengebühren, sondern um kostenfreie Bildung für alle. Bildung muss vom Land finanziert werden, und zwar Bildung in jeglicher Form: also auch Kindergartengebühren und Kopiergeld in der Schule.

**Hat sich etwas geändert, als an der Uni Frankfurt Gebühren eingeführt wurden?**

Ja, die Studierendenzahlen sind zurückgegangen. Ich sitze auch in der Sozialberatung des Studierendenausschusses – wir hatten viele Fälle von Leuten, die sich wegen der Gebühren exmatrikuliert haben. Viele hatten Angst davor, einen Kredit aufzunehmen und sich zu verschulden. Dass die Studierendenzahlen in diesem Semester wieder angestiegen sind, liegt auch daran, dass die Gebühren abgeschafft wurden. 

Interview: Anna Lehmann

Jessica Castro Merino ist Mitglied im AStA der Universität Frankfurt/M. und Geschäftsführerin des bundesweiten Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS).



## STUDIENFINANZIERUNG

### Gepumpte Bildung

**BAföG:** Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gibt es für das Erststudium staatliche Unterstützung. Der Höchstsatz für diese Förderung wurde zum Oktober 2008 auf 643 Euro erhöht. Das BAföG wird zur Hälfte als zinsloses Darlehen ausgezahlt, die andere ist ein kostenloser Zuschuss. Das bedeutet, der Darlehensteil muss nach dem Studium zurückgezahlt werden – spätestens ab dem sechsten Jahr nach dem Studienende.

Wie viel BAföG es gibt, hängt vom Einkommen der Eltern, dem eigenen Einkommen und Vermögen sowie der Miete ab. Den Höchstsatz bekommt nur jemand, dessen Eltern wenig verdienen und dessen Miete über 218 Euro beträgt. Zusätzlich darf er oder sie im Bewilligungszeitraum nicht mehr als 4.800 Euro verdienen und bei Antragstellung nur ein Vermögen von weniger als 5.200 Euro haben. Was darüber hinausgeht, wird auf die Höhe des BAföG angerechnet.

Infos: [www.bafogrechner.de](http://www.bafogrechner.de)

**Studienkredite:** Parallel zur Einführung von Studiengebühren hat sich ein Markt für Studienkredite etabliert. Sowohl die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Bank, die Postbank und auch einige Sparkassen bieten Studienkredite an. Geld aufnehmen bedeutet jedoch immer Mehrkosten. So ist der Kredit der KfW zwar als »Bildungskredit« gesetzlich verankert, er umfasst bis zu 24 Monatsraten zu je 300 Euro zu relativ günstigen Konditionen. Die Schulden werden aber im Gegensatz zu BAföG-Schulden verzinst. Dadurch ist die Rückzahlungssumme deutlich höher als die Kreditsumme.

Die privaten Modelle unterscheiden sich nach den Aufnahme- und Rückzahlungsbedingungen, dem Zinssatz sowie in der Höhe der monatlichen Darlehen. Neben dem klassischen Bankkredit gibt es das Konzept des Bildungsfonds, über den private Träger Geld für Studierende zur Verfügung stellen.

Infos: [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de)

**Stipendien:** Verschiedene gemeinnützige Stiftungen bieten Stipendien für ein Studium. Neben parteinahen Stiftungen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linkspartei) gilt das auch für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Außer guten Leistungen zählt das ehrenamtliche Engagement – zum Beispiel bei Gewerkschaften. Die Hürden sind oft gar nicht so hoch – eine Bewerbung kann sich also lohnen. Die HBS hat zusätzlich ein Programm für Studierende, die den BAföG-Höchstsatz bekommen würden (siehe Seite 23).

Infos: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

Sören Becker

# Sackgasse Hochschullaufbahn

**Vier Fünftel der Forschung und zwei Drittel der Lehre wird vom wissenschaftlichen Nachwuchs geleistet. Fast immer prekär und unterbezahlt.**  
Von **Andreas Keller**

**W**ie werden die Universitäten den gegenwärtigen Anforderungen der Lehre gerecht? Viele Hochschulen versuchen, den von der Kultusministerkonferenz prognostizierten »Studentenberg« auf Kosten junger WissenschaftlerInnen aufzufangen. Selbst eine Exzellenz-Universität wie die Ludwig-Maximilians-Universität München scheut sich nicht, per Stellenausschreibung so genannte Lecturer mit einer Lehrverpflichtung von 18 Semesterwochenstunden zu suchen – Voraussetzung: »Bewerber sollten habilitiert sein oder vergleichbare Qualifikationen aufweisen«, Angebot: zwei Jahre Zeitvertrag, Vergütung nach BAT 2a.

Dieser Trend steht im Gegensatz zu den wissenschaftspolitischen Anstrengungen von Bund und Ländern, der Wissenschaft mehr »Exzellenz« zu verleihen. Wer eine exzellente Qualität der Forschung und Lehre an unseren Hochschulen möchte, darf von der Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen nicht schweigen.

**Es ist ein Anachronismus** der deutschen Hochschulpersonalstruktur, dass WissenschaftlerInnen entweder bereits eine Professur innehaben oder aber als wissenschaftlicher »Nachwuchs« angesehen werden, dessen Hauptaufgabe darin besteht, sich auf eine Professur vorzubereiten – und sei es ein Leben lang. Dazwischen kennt die deutsche Hochschulpersonalstruktur keine anerkannte Position.

Tatsächlich aber werden die vermeintlichen NachwuchswissenschaftlerInnen nicht etwa nur qualifiziert und »ausgebildet«, sondern leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Forschung, Lehre und Studium. Mindestens vier Fünftel der an den Hochschulen geleisteten Forschungstätigkeit und zwei Drittel der Lehrtätigkeit werden von nichtprofessoralen WissenschaftlerInnen geleistet.

In Zeiten knapper Hochschulhaushalte hat die Fiktion vom »wissenschaftlichen Nachwuchs« aber eine ganz neue Funktion

bekommen: Sie legitimiert nicht nur die Abhängigkeit der WissenschaftlerInnen von ihren Doktor- und Habilitations-»Vätern«, sondern auch atypische bis prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Denn für die übergroße Mehrheit der nichtprofessoralen WissenschaftlerInnen sind befristete Arbeitsverträge die Regel: 2006 waren von 108.499 vom Statistischen Bundesamt erfassten KollegInnen 89.525 befristet beschäftigt – das sind 82,5 Prozent!

Möglich macht dies das seit 1985 im Hochschulrahmengesetz enthaltene Sonderarbeitsrecht für die Wissenschaft, das die Große Koalition 2007 mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz fortgeschrieben und zugleich verschärft hat. Während die Befris-



Eher Aus- als Aufsteigerin: Frau an der Uni

Foto: Fancy

tung von Arbeitsverträgen in der Wirtschaft und im übrigen Öffentlichen Dienst an strenge Voraussetzungen gebunden sind, können die Arbeitgeber im Wissenschaftsbereich willkürlich Befristungen aussprechen.

## Viele Wissenschaft-

**lerInnen** werden zudem ungewollt auf Teilzeitstellen beschäftigt. Derzeit ist jeder dritte der unbefristet und beinahe jede zweite der befristet angestellten MitarbeiterInnen in der Wissenschaft teilzeitbeschäftigt. Dabei wird der eigentliche Grund für die Befristung der Beschäftigungsverhältnisse, nämlich die Weiterqualifikation (Promotion oder Habilitation), zugleich häufig stillschweigend zur Privatangelegenheit erklärt, die in der Freizeit zu erledigen ist. Ein Großteil der wissenschaftlichen Arbeit an

Hochschulen wird also de facto unbezahlt erbracht.

Wer es während einer solch langen und steinigen Hochschullaufbahn nicht schafft, auf eine Professur berufen zu werden, steckt in einer Sackgasse: Auf dem außerhochschulischen Arbeitsmarkt gilt er oder sie als überqualifiziert und zu alt, in Hochschule und Forschung gibt es auf Dauer keine Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein schlecht bezahlter Lehrauftrag ist für viele häufig der letzte Strohalm. Forschung und Lehre wird so zu einem immer größeren Anteil von nebenberuflich tätigen WissenschaftlerInnen geleistet.


Während die Personalausstattung der Hochschulen trotz zunehmender Aufgaben und gestiegener Studierendenzahlen seit Jahren insgesamt stagniert, sind die Lehrbeauftragten die einzige Personalkategorie, die von 1997 bis 2006 Zuwachs zu verzeichnen hatte – und das gleich um fast 50 Prozent. Die für Lehraufträge bezahlten Vergütungen liegen zwischen 15 und 50 Euro – je geleisteter Lehrveranstaltungsstunde. Vor- und Nachbereitungszeiten, die die Präsenzzeit im Hörsaal um ein Vielfaches übersteigen, werden nicht bezahlt. Nicht selten werden Lehraufträge sogar unvergütet erbracht.

**Besonders schwer haben es Frauen.** Obwohl heute jeder zweite Studierende eine Studentin ist und fast 40 Prozent der Promotionen von Frauen abgelegt werden, beträgt der Frauenanteil an den Professuren erst 14 Prozent, bei der höchsten Besoldungsstufe C4 bzw. W3 nur zehn Prozent.

Dass stabile und langfristige Berufsperspektiven in der Wissenschaft fehlen, wirkt sich für Frauen zusätzlich benachteiligend aus: Denn mit jeder Qualifikationsstufe steigen

## Ein Großteil der wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen wird also unbezahlt erbracht.

Frauen aus der Wissenschaft aus, statt in ihr aufzusteigen. Der hinter der Personalstruktur ste-

hende, vertikal angelegte Karrierebegriff wird der gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Lebensentwürfe und der vieler Männer nicht gerecht. Hinzu kommt der tradierte, aber völlig antiquierte Mythos, dass Wissenschaft eben kein Beruf wie jeder andere sei, sondern eine Lebensform, der man(n) sich voll und ganz hinzugeben habe. 

Andreas Keller ist im Vorstand der Bildungsgewerkschaft GEW für Hochschule und Forschung zuständig.



# Wenn der Chef prüft

**Hiwis sind der Nachwuchs des Nachwuchses. Die »Tarifini« kämpft für ihre Löhne.**

Von **Beate Willms**

**W**ie Ulrike an ihren Hiwi-Job gekommen ist, weiß sie ganz genau: »Ich hab mich im Seminar richtig ins Zeug gelegt, auch ein paar Extraaufgaben übernommen und bin dem Prof in der Sprechstunde auf die Nerven gegangen.«

Ihren Professor hat sie offenbar beeindruckt: Seit dem Sommersemester 2007 arbeitet die Geografie-studentin ihm direkt zu.

Glücklich ist sie damit nicht. »Ich dachte, ich schaffe damit den ersten Schritt in eine akademische Laufbahn«, sagt sie.

Tatsächlich hat sie aber kaum noch Zeit für ihr Studium. Zwar sind in ihrem Vertrag nur 20 Stunden im Monat festgeschrieben, tatsächlich arbeitet sie oft 70 bis 80. »Als ich die Überstunden später abfeiern wollte, sagte mein Chef: »Wieso Überstunden? Wir machen keine Überstunden hier.«

Mehr Geld habe sie also auch nicht gesehen. Dabei fällt ihr Stundenlohn mit 7,72 Euro schon nicht gerade üppig aus. Dafür kopiert sie nicht nur tausende Seiten für ihren Prof, sie bereitet auch seine Seminare vor und hält Tutorien. Am liebsten würde sie den Job hinschmeißen und anderswo ihren Lebensunterhalt verdienen. Allerdings: »Ich

traue mich nicht zu kündigen, schließlich ist mein Chef auch mein Prüfungsprof.«

**Wie Ulrike** arbeiten rund 100.000 studentische Beschäftigte an den Hochschulen. Sie sind der Nachwuchs des Nachwuchses. Geboten bekommen sie außer dem direkten Kontakt zum Prof oder zum Fachbereich – der eben auch zweischneidig sein kann – nicht viel. Denn einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte gibt es bislang nur in Berlin. Abgeschlossen wurde er schon 1979 mit der GEW und der ÖTV

(heute ver.di). Er garantiert einen Stundenlohn von 10,98 Euro.

In allen anderen Bundesländern sind Studierende explizit von den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes ausgeschlossen. Die Löhne werden deshalb vom Bundesland oder den Hochschulen festgelegt. So gibt es in Nordrhein-Westfalen 8,25 Euro, in Baden-Württemberg 8,05 Euro, in Niedersachsen 7,72 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern 7,14 Euro. Am schlechtesten gestellt sind die Hiwis in Bayern und im Osten mit 6,50 bzw. 6,62 Euro. Prinzipiell zahlen Fachhochschulen noch weniger: im Osten nur 4,60 Euro.

**2002** gründeten studentische Beschäftigte deshalb die bundesweite »Tarifini«: Die kämpft nicht nur für bessere Löhne, sondern

auch für bessere Arbeitsbedingungen. Das fängt mit der Transparenz der Einstellung von Hiwis an und umfasst eine Regelung für Überstunden, aber auch die Anrechnung von Feiertagen, die Möglichkeit von Mutterschutz, Nacht- und Feiertagszuschläge – und vor allem die Beendigung der derzeit vorherrschenden Praxis von Arbeitsverträgen, die kaum mal länger als ein Semester laufen. 2007 war die Initiative ihrem Ziel einer bundesweit einheitlichen Tarifvertragslösung schon einmal relativ nahe, bis die KulturministerInnen der Länder doch abwinkten.

Parallel zur bundesweiten »Tarifini« haben sich deshalb inzwischen eine ganze Reihe örtlicher Tarifinitiativen gegründet, die zumindest schon mal kleinere Erfolge vorweisen können: So haben 2008 Hessen und Brandenburg die Hiwi-Stundenlöhne erhöht. Hessen zahlt jetzt immerhin 8,50 Euro, Brandenburg mindestens 7,35 Euro. **S**

Infos: [www.tarifini.de](http://www.tarifini.de)

**Beate Willms** ist Wirtschaftsjournalistin aus Berlin.



Foto: Jürgen Kiontke

## Außer in Berlin sind Studierende von den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes...

## ...ausgeschlossen: Die Löhne legt das Bundesland oder die Hochschule fest.

## DGB-JUGEND: DAS WOLLEN WIR

### Gutes Studium – Gute Lehre

Wenn's um Geld geht, werden Drittmittel für die Hochschulen immer wichtiger: Schon gut ein Fünftel des gesamten Geldes, das den Hochschulen zur Verfügung steht, stammt nicht mehr aus dem Hochschuletat der zuständigen Landesministerien, sondern aus der privaten Wirtschaft oder aus öffentlicher Forschungsförderung wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder auch den Bundesministerien für Bildung und Forschung oder für Wirtschaft und Technologie.

Warum das ein Problem ist? Es sind sogar zwei: Zum einen gefährdet dies die Unabhängigkeit der Forschung. Zum anderen verschiebt es die Schwerpunktsetzung in den Hochschulen – denn es lässt vergessen, dass das eigentliche Kerngeschäft der Hochschulen die Lehre ist. Politisch ist das offenbar gewünscht – oder es wird zu-

mindest unterstützt: Allein die Förderung der Spitzenforschung über die so genannte Exzellenzinitiative kostet den Bund 1,4 Mrd. Euro. Für Sicherung und Ausbau von Studienplätzen im Rahmen des Hochschulpakts 2020 stellt er nur 438 Mio. Euro bereit.

Mit dem, was in Deutschland eigentlich notwendig wäre, hat das wenig zu tun. Schon jetzt liegt der Anteil eines Jahrgangs, der nach der Schule ein Studium aufnimmt, mit 35 Prozent weit unter dem Durchschnitt aller Industrieländer, der 50 Prozent beträgt. Das ist nicht nur für die Wirtschaft ein Problem, sondern auch für die künftige Sicherung der Bildung: In beiden Bereichen droht nämlich ein drastischer Mangel an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften.

Um das zu ändern, gehört Gute Lehre mit in den Mittelpunkt der Hochschulpolitik. Dazu gehören folgende Punkte:

der freie Hochschulzugang für alle studienberechtigten Menschen mit Abitur, Fachhoch-

schulreife oder Qualifikationen aus der beruflichen Bildung statt Numerus Clausus oder Bewerberauswahl durch die Hochschule

ein nachfragegerechter Ausbau der Studienplätze

ein besseres Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden

der Stopp der Ausdifferenzierung in Forschungs- und Lehruniversitäten. Denn exzellente Forschung sorgt zwar nicht automatisch für exzellente Lehre, aber exzellente Lehre braucht exzellente Forschung, wenn sie eine wissenschaftsbasierte Ausbildung leisten soll

eine Didaktik, in der die Studierenden als selbstständige ProduzentInnen ihres Wissens begriffen werden. Dazu bedarf es der Förderung innovativer Lehr- und Lernformen wie Projektstudien, problemorientiertes und forschendes Lernen. **S**

Sören Becker

Zum Weiterlesen: [www.dgb-jugend.de/studium/dein\\_studium](http://www.dgb-jugend.de/studium/dein_studium)

# Allgemein politisch

**Die Studierenden haben an den Hochschulen durchaus Einflussmöglichkeiten. Es gibt die studentische Mitbestimmung und die Selbstverwaltung – wenn auch nicht überall.**

Von **Jan Lorbitzki**

**E**in ganz so geschlossenes System, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte, sind die Hochschulen nicht. Wichtige Entscheidungen über Mittelverwendung, Ausrichtung von Lehre und Forschung, aber auch Studienordnungen werden von VertreterInnen aller Gruppen getroffen, die es hier gibt – und das sind die ProfessorInnen, die anderen wissenschaftlichen Lehrkräfte (»Mittelbau«), die Verwaltungsangestellten – und die Studierenden, die die größte Gruppe ausmachen. In den Gremien dieser »Gruppen-Hochschule« haben allerdings die ProfessorInnen das Sagen.

**Die Einflussmöglichkeiten** der Studierenden sind eher gering. Hinzu kommt, dass sie auch von anderen Beschlüssen betroffen sind, die nicht nur die eigene Hochschule angehen, beispielsweise Regelungen zum BAFöG, zu (Wohnheim-) Mieten und entsprechenden Zuschüssen.

Die Interessenvertretung in diesen Bereichen nimmt in allen Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft (VS) wahr, die eine Teilkörperschaft des Öffentlichen Rechts ist und sich deshalb sowohl eine ei-

gene Verfassung geben als auch Beiträge erheben darf.

Die Studierenden wählen alle zwei Semester eine Vertretung, meist ein Studierendenparlament (SP), das wiederum dann den AstA wählt, den Allgemeinen Studierendenausschuss. Dieser übernimmt quasi die Aufgaben einer Regierung: Er stellt einen selbstverwalteten Haushalt auf, der sich aus den Beiträgen der Studierenden speist, und richtet Referate ein, die die fachlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Studierenden wahrnehmen sowie Beratungen anbieten. Die ReferentInnen bekommen für ihre Arbeit, die ihr eigenes Studium sehr einschränkt, meist eine Aufwandsentschädigung von einigen hundert Euro. Das SP stimmt über den Haushalt und wichtige Vorhaben des AstA ab und kontrolliert ihn.

**In Bayern und Baden-Württemberg** wurden

diese selbstverwalteten Strukturen in den 1970er Jahren abgeschafft. In Bayern gibt es seitdem einen Sprecherrat oder auch studentischen Konvent, in Baden-Württemberg einen Senatsausschuss, der irreführenderweise ebenfalls den Namen AstA trägt. Beide Gremien haben aber weder Satzungs- noch Beitragshoheit. Deshalb haben die Studierenden sich hier an vielen Hochschulen unabhängige Studierendenausschüsse, USten, eingerichtet, in denen Studierende ehrenamtlich und oft gegen viel Widerstand die Interessenvertretung übernehmen.

In einigen anderen Bundesländern dagegen hat die VS sogar ausdrücklich den Auftrag der politischen Bildung. Auf dieser Grundlage wird das Semesterticket kollektiv organisiert. Zudem werden Veranstaltungen zu relevanten Themen wie z.B. Abschaffung der Studiengebühren, Kritik an Burschenschaften oder Verbesserung des Datenschutzes abgehalten.

**Dieses allgemeine politische Mandat** ist jedoch ein ewiger Streitpunkt. Immer wieder wird den gewählten VertreterInnen – auch von konservativen oder neoliberalen Studierendenverbänden – das Recht abgesprochen, sich allgemeinpolitisch zu äußern. Und vor allem: das Geld der VS dafür zu verwenden. Statt dessen sollen sie sich auf Serviceleistungen sowie studentische und typische Hochschulthemen beschränken.

Das Gegenargument dazu lautet, dass Hochschulpolitik und studentische Probleme immer im Kontext mit der herrschenden Politik zu betrachten sind und

nicht isoliert von dieser entstehen und gelöst werden können. Die wenigsten ASTen lassen sich deshalb die Möglichkeit nehmen, Pressemitteilungen zu schreiben, Demonstrationen zu organisieren und sich mit linken Organisationen, Parteien und Gewerkschaften zu vernetzen. Zusätzlich haben sich an vielen Hochschulen diskriminierte Gruppen autonome Referate oder Räte erkämpft, um ihre Interessen zu vertreten. [\[5\]](#)

*Jan Lorbitzki studiert in Hannover und ist aktiv in DGB-Jugend-Projekten.*



## Entscheidungen über Mittelverwendung, Ausrichtung von Lehre und Forschung...

## In der »Gruppen-Hochschule« haben in der Regel die ProfessorInnen das Sagen.

### STUDENTISCHE MITBESTIMMUNG

#### Gremien-Arbeit

Die meisten Entscheidungen an den Hochschulen werden in Gremien getroffen. Diese setzen sich aus VertreterInnen der verschiedenen Gruppen von Hochschulmitgliedern zusammen. Nach dem Universitätsgesetz sind das die ProfessorInnen, der so genannte Mittelbau, also die anderen Lehrenden, die Studierenden sowie die sonstigen MitarbeiterInnen.

An allen Hochschulen bildet die Gruppe der Studierenden die größte Gruppe, die Mehrheit in den Gremien haben sie jedoch nicht. Denn 1973 stellte das Bundesverfassungsgericht (mit 6:2-Mehrheit) fest, dass die ProfessorInnen wegen der grundgesetzlich garantierten Freiheit

von Forschung und Lehre (Art. 5 Grundgesetz) in allen Gremien eine maßgebende, in bestimmten Fragen sogar eine ausschlaggebende Mehrheit haben müssen.

Die VertreterInnen der Gruppen werden gewählt. An den Wahlen der studentischen Mitglieder können alle eingeschriebenen Studierenden einer Hochschule teilnehmen.

Die interessantesten Gremien sind der Senat als wichtigstes beschlussfassendes Organ an Universitäten und Fachhochschulen und die Studienkommission. Im Senat sitzen VertreterInnen der Lehrenden, der MitarbeiterInnen der Verwaltung und Studierende zusammen und bestimmen über die Verwendung der Studiengebühren, über die Schaffung neuer Studi-

engänge oder die Berufung neuer ProfessorInnen.

In der Studienkommission werden alle Entscheidungen getroffen, bei denen es um die Lehre geht. Prüfungsordnungen werden geschrieben, Modulpläne für den Bachelorstudiengang entwickelt und das Vorlesungsverzeichnis erstellt.

Auch wenn hier ebenfalls die professorale Mehrheit gilt, ist es Studierenden und wissenschaftlichem Mittelbau dennoch möglich, auf Verordnungen und das Vorlesungsverzeichnis positiv Einfluss zu nehmen, den studentischen Alltag in die Diskussion einzubringen und für eine Verbesserung der Studien- und Lehrbedingungen einzutreten. [\[5\]](#)

# Flächenprotest Fehlanzeige

**fzs-Vorstand Anja Gadow erklärt, wie die Prozesse an den Hochschulen auch die Streit- und Protestkultur verändert haben.**

**Wie hoch müssen die Studiengebühren noch steigen, damit sich unter Studierenden Protest regt?**

Sie müssen nicht höher steigen, als sie jetzt sind. Es ist auch keineswegs so, dass es wegen der Studiengebühren keinen Unmut gibt. Unser Problem ist: Viele von uns haben keine Zeit, an Protesten teilzunehmen, geschweige denn, sie zu organisieren – obwohl sie das teilweise gerne würden.

**Der Studienstress überwiegt den Unmut?**

Zumindest gibt es immer mehr Studierende, die sich gezwungen sehen, das Studium so zügig wie möglich durchzuziehen. Gruppengefühl oder Solidarität können sich nicht entwickeln, weil die Rahmenbedingungen fehlen. Ich halte diese Entwicklung für fatal, kann diese Studierenden aber verstehen. Wer für seinen Lebensunterhalt nebenher Geld verdienen muss und dann auch noch Studiengebühren zu zahlen hat, überlegt es sich zweimal, für eine Demo mal eben so eine Arbeitsschicht sausen zu lassen.

**Seit den 68er Protesten hat jede Studierendengeneration mindestens eine große Protestwelle miterlebt. Kommt die jetzige als erste ohne aus?**

Das sehe ich anders – es gibt ja Proteste. In Berlin gehen Studierende und Schüler regelmäßig gemeinsam auf die Straße, um gegen die Bildungsmisere zu demonstrieren. 3.000 Münsteraner Studis haben im Dezember 2008 gegen die Einführung der Studiengebühren an ihrer Uni protestiert, ähnliches geschah im Sommer an hessischen Unis. Vor allem die hessischen Studierenden nehmen sich schon als eine Protestgeneration wahr.

**Aber früher genügte der Funke an einer Uni, um kurze Zeit später bundesweit Massenproteste zu entfachen...**

Wir haben inzwischen eine Föderalismusreform hinter uns, die leider eine wesentlich stärkere Hochschulautonomie ermöglicht. Die einzelnen Landesregierungen und viele Hochschulen dürfen nun selbst Reformen

beschließen. Die Studiengebühren wurden in den vergangenen Jahren auch nicht gleichzeitig eingeführt, sondern in den einzelnen Bundesländern nach und nach. Flächenproteste wie zuletzt 1997 oder 2003 sind nicht mehr so einfach möglich, weil es die Unis nicht mehr in gleichen Maßen und zum gleichen Zeitpunkt trifft.

**Hat Solidarität im Vergleich zu früher an Stellenwert verloren?**

Das mag sein, aber flächendeckender Protest ist auch nicht immer sinnvoll. In Hessen kämpfen Studierende gegen Studiengebühren. In Berlin gibt es sie aber nicht und es wird sie in absehbarer Zeit aller Voraussicht



Protestieren ja – aber dann doch lieber punktgenau zustechen (Studi-Demo, Juni 2008, Düsseldorf)

Foto: Roland Geisheimer / Atzenziona

nach auch nicht geben. Dann ist es doch sinnvoller, wenn man nach Hessen fährt, um die Studis dort zu unterstützen, als in Berlin einen eigenen Protest auf die Beine zu stellen. Zugleich sollte man die Massenstreiks auch nicht überbewerten: Die Einführung der Studiengebühren konnte man damals auch nicht verhindern.

**Wären Massenstreiks heute überhaupt noch durchsetzbar?**

Wie sinnvoll ein Uni-Streik ist, war auch früher umstritten. Beim Streik im herkömmlichen Sinn wird eine Produktionsstätte lahmgelegt, um Druck auf den Arbeitgeber auszuüben. Weil wir Studierende inzwischen als Kunden gesehen werden, sind unsere unmittelbaren Druckmittel gering. Deswegen müssen wir die Protestformen ändern. An meiner Hochschule hat es zum Beispiel einen 36-stündigen »Hungerstreik« gegeben. Leute, die zur Mensa wollten, mussten sich vorher einen Passierschein abholen. Im Schnitt brauchte jeder sieben Minuten länger, um zur Theke zu kommen.

Das war zwar nur symbolisch, aber es haben viele Leute mitgemacht.

**Welche Ziele stehen im Mittelpunkt?**

Wir fordern den freien Zugang zu Bildung für alle, eine bedarfsdeckende finanzielle Absicherung, unabhängig vom Einkommen der Eltern und dem Alter – und wir sind gegen Diskriminierung in jeglicher Form.

**Linke Studierendenvertreter haben sich früher von ihren konservativen Kommilitonen vor allem darin unterschieden, dass sie Hochschulpolitik immer vor dem Hintergrund gesamtpolitischer Entwicklungen gesehen haben, während die anderen sich lediglich für rein studentische Belange einsetzten.**

Diese Auseinandersetzung gibt es noch. Und wir zu meist linken Studierendenvertreter sehen die Kürzungen im Bildungsbereich natürlich im Kontext des allgemeinen Sozialabbaus. Aber die Zeiten haben sich geändert: Unser Versuch, Studiengebühren zu verhindern, hat viele unserer Kapazitäten gekostet. Nichtsdestotrotz: Studiengebühren sind unsozial und betreffen immerhin auch die kommenden Generationen. Der fzs und viele Studierendenvertretungen arbeiten eng mit

dem DGB und anderen Organisationen zusammen. Insofern denken wir schon gesamtpolitisch.

**fzs und ASten wurden lange Zeit automatisch mit links assoziiert. Und heute?**

Politisch sind wir deutlich heterogener geworden. Studierendenvertretungen, die nur noch vom konservativen RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) regiert werden, sind schon immer sofort aus dem fzs ausgetreten – mit dem Argument, dass wir zu allgemeinpolitisch sind. Nun sind leider auch die Vertretungen von großen Unis wie Frankfurt oder Münster nicht mehr beim fzs. Als Dachverband lässt uns diese Entwicklung natürlich nicht kalt. Und trotzdem würde ich sagen, dass Leute, die sich in Studierendenvertretungen engagieren, pro Gesellschaft sind. Und gegen Sozialabbau. ☐

Interview: Felix Lee

Anja Gadow ist Mitglied im Vorstand des Freien Zusammenschlusses der StudentInnenschaften (fzs).



# Besser gut organisiert

**Wer ist aktiv gegen Studiengebühren? Wo bekommen Studierende praktische Unterstützung? Was machen die Hochschulgruppen im Bundestagswahlkampf? Ein Überblick über das gegenwärtige Engagement der organisierten Studierendenschaft.**  
 Von **Stefan Wirner**

**H**ochschulen sind keine unpolitischen Orte, das haben die sechziger Jahre gezeigt: Damals war es der linksradikale Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der die Studierenden agitierte und zu Protesten gegen den Vietnam-Krieg aufrief. Die Universitäten bildeten den Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung in Deutschland.

Heute ist es im Vergleich zu diesen turbulenten Zeiten um einiges ruhiger geworden. Das heißt aber nicht, dass sich an den Hochschulen gar nichts tut. Immer wieder kommt es zu Protesten von Studierenden gegen Studiengebühren oder die schlechten Studienbedingungen. Auch die Einführung so genannter Elite-Universitäten ruft Widerspruch hervor.

Eine besondere Bedeutung haben dabei die politischen Hochschulgruppen. Welche sind heute besonders aktiv? Was sind ihre Themenschwerpunkte? Und was haben sie während des Bundestagswahlkampfes vor?

## Die Juso-Hochschulgruppen



Die Jusos stellen derzeit die aktivsten und größten Gruppen an den Hochschulen. Sie sind nach Angaben ihres Bundesgeschäftsführers Martin Timpe bundesweit an 70 Einrichtungen präsent. Die Zahl der Aktiven lässt sich schwer angeben, weil es keine formale Mitgliedschaft gibt. Aber in den Gruppen sollen sich jeweils zehnte und 50 Studierende engagieren.

2008 bildete das Thema studentische Beschäftigung den Schwerpunkt ihrer Hochschularbeit. Mit der Kampagne »Ihr macht gute Arbeit« warben die Jusos für eine tarifliche Absicherung der studentischen Beschäftigten. Zentrale Forderungen waren ein Mindestlohn, Einhaltung der Arbeitsrechte (etwa Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) und die Schaffung von stu-



Führt die Jusos an: Franziska Drohse

dentischen Personalräten. Der Hintergrund der Kampagne: Viele studentische Beschäftigte arbeiten für weniger als fünf Euro in der Stunde.

In den Bundestagswahlkampf wollen sich die Jusos unter Führung ihrer Bundesvorsitzenden Franziska Drohse vor allem mit der Forderung nach Abschaffung von Studiengebühren einmischen. Vehement kritisieren sie die Ausrichtung der Hochschulen auf die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Eliten. Mit ihren Ideen wollen sie sich in die parteiinterne Debatte der SPD einbringen und auf einem Kongress im Juli 2009 in Berlin auch an die Öffentlichkeit treten.

[www.jusohochschulgruppen.de](http://www.jusohochschulgruppen.de)

## Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)



Der Studierendenverbund der CDU befasst sich derzeit vor allem mit der Frage, wie die hohe Abbrecherquote an den Hochschulen zu senken ist. Es geht darum, den Studierenden die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge zu erleichtern, erklärt der Bundesvorsitzende Gottfried Ludewig.



Fragt sich, wo die Abbrecher bleiben: Gottfried Ludewig vom RCDS

Der RCDS fordert eine bessere Betreuung der Studierenden, mehr Lehrpersonal sowie kleinere Seminare und Vorlesungen, um den Studierenden eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Auch der Übergang von der Schule zur Hochschule müsse erleichtert werden, meint der RCDS. Es dürfe nicht sein, dass SchülerInnen nicht studieren könnten, nur weil sie nicht aus einem Akademikerhaushalt stammten.

Nach Angaben von Ludewig ist der RCDS an 100 Hochschulen vertreten und hat rund 8.000 Mitglieder. Die hohe Zahl hat damit zu tun, dass der RCDS wie ein Verein strukturiert ist: Ist man einmal Mitglied geworden, bleibt man Mitglied, auch wenn man nicht mehr aktiv ist.

[www.rcds.de](http://www.rcds.de)

## Campusgrün



Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen befasst sich derzeit vor allem mit einem – wie könnte es anders sein – ökologischen Thema: dem Projekt »UniSolar«. Dabei geht es darum, dass Studierende Geld in Solar-dächer auf Universitätsgebäuden investieren und dieses samt Zinsen nach einigen Jahren wieder zurückerhalten. Damit soll die »Energiewende an den Hochschulen« eingeleitet werden. Ziel: die »klimagerechte Hochschule«. Für die Kampagne hat das Bündnis den Preis »Studierende für Studierende« des Deutschen Studentenwerks im Jahr 2007/2008 erhalten.

Kritisch befassen sich die grün-alternativen Gruppen vor allem mit dem Hochschulrahmengesetz. Laut Inga Müller, der Sprecherin des Bundesvorstands, lautet eine zentrale Forderung, dass der Zugang zu den Universitäten und die Studienabschlüsse bundesweit einheitlich geregelt werden.



Kämpft für Solardächer: Inga Müller (mit Baby)

Die Entscheidung, ob sie im Wahlkampf auftreten, treffen die Ortsgruppen selbst. Rund 60 gibt es davon bundesweit.

[www.campusgruen.de](http://www.campusgruen.de)

### Libérale Hochschulgruppen



Die der FDP nahestehenden Gruppen kritisieren vor allem die mangelnde finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Die Umsetzung der Bachelor- und Masterstudiengänge könnte ihrer Meinung nach besser funktionieren. Auch eine stärkere Kontrolle der Studentenwerke wollen sie durchsetzen.

Libérale Gruppen werfen den studentischen Vertretungen vor, ständig die Sozialbeiträge zu erhöhen und das Geld nicht sachgemäß zu verwenden. Darüber hinaus



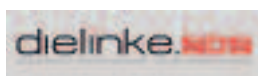
Will reiche Universitäten: Daniel George

beteiligen sich die liberalen Gruppen auch an Protesten gegen die Überwachungspläne in Staat und Wirtschaft.

Im Wahlkampf soll es kleinere Veranstaltungen zusammen mit der FDP geben. Nach Angaben von Daniel George, dem Bundesvorsitzenden, sind die Liberalen an etwa 50 bis 60 Hochschulen vertreten. Die Zahl der Mitglieder schätzt er auf 700 bis 800.

Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen:  
[www.lhg-umzug.de](http://www.lhg-umzug.de)

### Die Linke.SDS



Der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband steht der Linkspartei nahe. Er hat sich im Mai 2007 gegründet. Den Namen hat man bewusst in Anlehnung an den SDS der sechziger Jahre gewählt.

Der Verband widmet sich in diesem Jahr der großen Weltpolitik: Einen Schwerpunkt

sollen die Proteste gegen die Nato bilden, die ihr 60-jähriges Bestehen feiert.

Auch die weltweite Finanzpolitik hat der SDS im Blick. Außerdem rechnet der Verband mit einem Wiederaufleben der Proteste gegen die Bildungspolitik, an denen er sich aktiv beteiligen will.

Im Oktober 2008 hat der SDS zudem eine Kampagne unter dem Titel: »Marx neu entdecken – das Kapital lesen!« ins Leben gerufen. Weil der »akademische Mainstream« Karl Marx zu einer Fußnote der Geschichte degradieren wollte, hat man eine »Kapital-Lesebewegung« initiiert. In 31 Gruppen soll in diesem Jahr der erste Band des Kapitals durchgeackert werden. Begleitet wird das Projekt mit Wochenendseminaren und einer Auswertungskonferenz im Herbst 2009.

Ob sich der SDS in den Bundestags-



Steht beratend hinter der Linken.SDS: Karl Marx

wahlkampf einmischen wird, ist nach Angaben von Bundesgeschäftsführerin Steffi Graf noch nicht geklärt. Die Linke.SDS ist an rund 40 Hochschulen aktiv, die genaue Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt.

[www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)

### Schwul-lesbisch



An den meisten Universitäten und Hochschulen gibt es auch Zusammenschlüsse von Homosexuellen. Sie sind in keinem Dachverband organisiert, treffen sich aber einmal im Semester zu einem Bundeskoordinatiionstreffen in der Göttinger Akademie Waldschlösschen.

Die Gruppen sind parteipolitisch unabhängig, denn Schwule und Lesben können zwar links sein, genauso gut aber auch liberal oder konservativ. Dementspre-

chend befassen sich diese Gruppen vor allem mit schwul-lesbischen Themen. Sie beteiligen sich an der Organisation des alljährlichen Christopher Street Day, engagieren sich in der Aids-Hilfe oder betreiben Aufklärung an den Universitäten. Sie bieten homosexuellen Studierenden Anlaufpunkte und helfen und beraten im Studienalltag.

Studiengebühren lehnen die meisten dieser Gruppen ab. Dagegen fordern sie eine größere Demokratisierung der Hochschulen und setzen sich vor allem gegen sexuelle Diskriminierung ein.

Die Gruppen sind eher klein und haben meist fünf bis zehn Mitglieder.

Z.B. Schwule Hochschulgruppe an der Universität Potsdam, [www.queerup.de](http://www.queerup.de)

### Undogmatische Gruppen



Neben den institutionalisierten Gruppen existieren auch etliche kleinere, nicht parteigebundene linke Zusammenschlüsse. Manchmal verraten bereits ihre Namen viel über ihr politisches Verständnis: LUST (Liste Undogmatischer StudentInnen) etwa nennt sich eine Gruppe in Bonn, Sinistra (lateinisch für »links« und »finster«) ein Zusammenschluss in Frankfurt/M.

Sie nennen sich »herrschaftskritisch«, »undogmatisch« oder »emanzipatorisch«, engagieren sich gegen Studiengebühren oder setzen sich kritisch mit Studieninhalten auseinander. Sie haben mehr im Blick als die Zustände an der eigenen Hochschule und die Hochschulpolitik. Ihnen geht es um eine grundlegende Änderung der Gesellschaft. Die LUST etwa widmet sich »der Kritik der bestehenden Verhältnisse mit dem Ziel ihrer Aufhebung«, Sinistra geht es um »Intervention in die elenden deutschen Zustände«. In Vorträgen und Theorie-Veranstaltungen werden Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland behandelt. Vom derzeitigen politischen System und den dazu gehörigen Parteien hält man wenig, wie ein Mitglied der LUST betont. Von daher spielt die Bundestagswahl für diese Initiativen auch keine Rolle. Sie sind an einigen Universitäten vertreten, in den Gruppen finden sich meist zehn bis 20 Studierende. [5]

Z.B. [www.lust-uni-bonn.de](http://www.lust-uni-bonn.de)

Stefan Wirner arbeitet als Journalist im Internet.



# Schluss mit lustig?!

**Welche Rolle spielen so genannte Spaßlisten? Darf man sie wählen oder nicht?**

**S**ie heißen »RubTulpen«, »Depressive HedonistInnen«, »Piraten«, »Die Liste«, »Graue Panther« oder »Autonome AlkoholikerInnen« – und machen den politischen Studierendenverbänden Campusgrün, Die Linke/SDS, Juso-Hochschulgruppe, RCDS und Liberale bei den Wahlen zu den Studierendenparlamenten Konkurrenz.

Dabei ist oft nicht ganz klar, was sie eigentlich wollen. Die Spanne reicht von »Die große Koalition aus Juso HSG und Liberalen ärgern« und »Mehr Fußball im Innenhof über »Bier für 50 Pfennich« bis zu »Das Verflachen des Vorlesungsniveaus darf nicht aufgehoben werden«. Manchmal ist das Programm auch eine bunte Mischung von alldem. Denn mit Inhalten oder deren Darstellung nehmen es die meisten dieser Gruppen nicht so genau, weshalb sie auch unter »Spaßlisten« zusammengefasst werden.

## Pro

Es ist leider wahr: Studierende haben für die Schaukämpfe um Posten und Verantwortung in der studentischen Selbstverwaltung oft nur ein Naserümpfen übrig! Spaßlisten schaffen es, Studierende genau dort abzuholen. Mit witzigen Statements und Aktionen verbessern sie das Ansehen der Studentischen Selbstverwaltung, erhöhen die Wahlbeteiligung – und damit die Akzeptanz der Gremien innerhalb der Universität. Und sie bringen neue Menschen in die Hochschulpolitik. Und wenn die Spaß macht, sind die Beteiligten motivierter und die Ergebnisse ihrer Arbeit in den Gremien besser.

Ohnehin ist der Spaß nicht selten nur scheinbar unernst: Listen, die mit unkonventionellen Programmen und Formen Wahlkampf machen, haben oft durchaus kritische Positionen zu hochschulpolitischen Themen – und sichern damit womöglich die notwendige Mehrheit gegen rechte Koalitionen, die studentische Mitbestimmung abschaffen wollen und Studiengebühren befürworten. Also lasst den Spaß in die Hochschulpolitik zurückkehren! **S**

Sören Becker



## Contra

Es ist leider wahr: Studierende haben für die Schaukämpfe um Posten und Verantwortung in der studentischen Selbstverwaltung oft nur ein Naserümpfen übrig! An Politik haben sie aber durchaus ein Interesse – und sie sind auch bereit, für die eigenen Belange einzutreten. Das haben die Erfahrungen der Studentenstreiks der 1990er Jahre oder jüngster studentischer Bewegungen gegen Studiengebühren gezeigt. Politische Inhalte kamen dabei so wenig zu kurz wie der Spaß.

Leider scheint der bei manchen da aufzuhören, wo eine (demokratische) Struktur hinzukommt – denn die bedeutet Regeln, Rücksichten und Kompromisse. Dass sie dafür auch Verlässlichkeit und Kontinuität sichert, wird gerne vergessen.

Es gibt keinen Beweis dafür, dass Spaßlisten die Wahlbeteiligung steigern oder mehr Menschen in die Hochschulpolitik bringen. Klar ist dagegen: Wenn sich 20 Spaßvögel ohne ernsthaftes Programm wählen lassen, können sie eines nicht garantieren: verlässliche ernsthafte Politik. Und da hört der Spaß auf! **S**

Andreas Schackert



Sören Becker und Andreas Schackert sind Berater bei »Students at work«.

## VERBINDUNGEN

### Rechte Elite?

Das Label »Studentische Verbindung« oder »Studentische Korporation« fasst eine Vielzahl von Organisationsformen zusammen: Burschenschaften, Corps, Sängler- und Turnerschaften sind genauso gemeint wie der Wingolfsbund oder auch katholische Verbindungen.

Im einzelnen gibt es jedoch innerhalb dieses Verbindungswesens gravierende Unterschiede. So tragen viele, aber nicht alle Mitglieder die Farben ihrer Verbindung in Form eines Bandes sowie eine Kappe. Ebenso sind nicht alle Verbindungen schlagend und nicht alle schlagenden Verbindungen pflichtschlagend (beim Schlagend geht es um das Ausschneiden einer Mensur, also Fechten mit einer scharfen Waffe).

Auch das Nationalverständnis differiert: Völkisch ausgerichtete Verbindungen, hierzu zählen insbesondere die Mitgliedsverbindungen des Dachverbandes »Deutsche Burschenschaft«, vertreten eine Vorstellung von »Deutsch sein«, das sich explizit nicht auf die aktuell gültigen Staatsgrenzen bezieht, sondern von verschiedenen »deutschen Volksgruppen« außerhalb der Bundesrepublik und weiter gefassten Grenzen ausgeht.

Vielfach stellen sich die Verbindungsstudenten als Opfer der Nationalsozialisten dar und behaupten, ihre Organisationen seien von diesen aufgelöst worden. Dabei verschweigen sie, dass sich viele Verbindungen umgehend dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund anschlossen.

Gemeinsam ist allen Verbindungen die hierarchische Struktur. Ein neu beitretender Student, Fux genannt, muss sich die vollen Rechte erst verdienen. Er durchläuft verschiedene Ränge, bis er schließlich von der Hochschule ins Berufsleben wechselt und zum »Alten Herren« wird. Diesem kommt die Rolle zu, seine Verbindung zu finanzieren; darüber hinaus bildet er das Bindeglied zwischen Studium und beruflichem Karriereestieg. Denn alle Verbindungen beruhen auf dem so genannten Lebensbundprinzip: Wer einer beitrifft, bindet sich für ewig an sie.

Die Verbindungen und ihre Mitglieder sehen sich selbst als Elite. Und so gehört es zu den Zielen, Karrierenetzwerke zu schaffen und hohe gesellschaftliche Positionen zu besetzen.

Die in Verbindungen gepflegten Traditionen begünstigen außerdem ein überkommenes Geschlechterbild: Verbindungen sind im Regelfall reine Männerbünde, der Frau kommt die Aufgabe der Mutter und die Rolle als schmückendes Beiwerk zu, der Verbindung selbst beitretenden dürfen Frauen in der Regel nicht.

Die Strukturen und Rituale sind stark auf »Männlichkeit« ausgerichtet: Anerkannt ist, wer sich bei der Mensur mutig zeigt und bei der »Kneipe«, dem verbindungs-spezifischen Trinkritual, viel saufen kann. **S**

Sophie Edamm

# Aktive Solidarität

**Nicht für alle Gewerkschaften sind die Hochschulen Neuland. Schließlich macht die Zusammenarbeit mit Studis schon lange Sinn. Von Nele Dunsing**

**G**ewerkschaftsfahnen auf Studierendenemos, DGB-Rechtsberatung für studentische Erwerbstätige, Flugblätter zum Arbeitskampf der Hochschulbeschäftigten: Die Studierendengruppen der Einzelgewerkschaften und der DGB-Jugend treten in vielfältiger Weise an den Hochschulen in Erscheinung.

Die Verbindung von Gewerkschaften und Studierenden ist ebenso vielschichtig, auch wenn noch keine Selbstverständlichkeit in das Miteinander eingezogen ist. Was bringt Gewerkschaften dazu, an Hochschulen aktiv zu werden? Warum kann es für Studierende Sinn machen, mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten?

**In den letzten Jahren** sind die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften insgesamt zurückgegangen. Immer wieder wird ein steigender Altersdurchschnitt beklagt. Deshalb ist es für alle Gewerkschaften eine wichtige Zukunftsaufgabe, gezielt junge Leute anzusprechen: Auszubildende, Jugendliche in den Warteschleifen und Maßnahmen – aber auch Studierende, die rund ein Drittel jedes Jahrgangs ausmachen. Dabei sind Studierende »attraktiv«, da sie relativ gute Aussichten auf einen Arbeitsplatz nach dem Studium haben. Sie werden im Schnitt später besser verdienen und deshalb auch höhere Beiträge zahlen.

Grundsätzlich finden sich alle gewerkschaftlichen Handlungsfelder auch an den Hochschulen. Dabei sind es in erster Linie die ehrenamtlich Aktiven, die sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Studierende sind, die vor Ort kollektiv ihre Interessen vertreten und politisch aktiv sind.

**Studierende** stellen eine große Zahl an lohnabhängig Beschäftigten. Von den derzeit etwa zwei Millionen Studierenden sind 1,3 Millionen neben ihrem Studium erwerbstätig. Die Arbeitsbedingungen von Studierenden sind geprägt durch eine hohes Maß abgeforderter Flexibilität, geringe Löhne und häufige Missachtung des Arbeitsrechts. An vielen Hochschulen gibt es im Rahmen des bundesweiten Projekts

»Students at work« Arbeits- und Sozialrechtsberatung für Studierende, die regelmäßig zu Gewerkschaftseintritten führt. Es gibt Flyer zu Kündigung, Urlaub, Arbeitszeugnis und vielem mehr.

Gewerkschaften haben aber nicht nur die Chance, außerhalb des Arbeitsplatzes Einfluss auf die Arbeitssituation von Studierenden zu nehmen: Eine interne Debatte über studentische Erwerbstätigkeit kann dazu beitragen, auch Betriebs- und Personalräte für JobberInnen und LangzeitpraktikantInnen zu sensibilisieren.

**Ein spezieller Fall** sind die 90.000 Studierenden, die an den Hochschulen selbst beschäftigt sind. Diese Jobs weisen oft eine geringe Planbarkeit auf. In vielen Bundesländern waren und sind studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte von der Vertretung durch den Personalrat der Hochschule ausgeschlossen. Seit Jahren kämpfen Studis von ver.di und GEW in der Tarifinitiative für tarifvertragliche Regelungen und Personalvertretung.

Gewerkschaftliche Bemühungen um Chancengleichheit gerade auch im Bildungsbereich sind notwendig: Studiengebühren, die gerade junge Menschen mit wenig finanziellem Rückhalt vom Studium abschrecken, wurden und werden in allen Bundesländern auch durch gewerkschaftliche Studierendengruppen bekämpft. Die Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Studierenden und den Beschäftigten der Hochschulen führte zur Thematisierung von Studiengebühren auf Personalversammlungen und zur Unterstützung von Gebührenprotesten durch die Beschäftigten.

**Genauso wichtig** ist für die Beschäftigten der Hochschule die Unterstützung in ihren Tarifauseinandersetzungen durch die Studierenden. Die Auswirkungen der Bachelor-Master-Struktur sind auch für Gewerkschaften spürbar. Die Auseinandersetzung um die Ökonomisierung der Hochschulen wird auch um die Frage der Ausrichtung der Wissenschaft geführt. Dabei kann es Gewerkschaften nicht egal sein, wenn WissenschaftlerInnen zunehmend nach ökonomischen Kriterien oder von der Wirtschaft direkt mitausgesucht werden. Denn diese WissenschaftlerInnen prägen mit ihrer Ar-



beit auch die Entwicklung der Gesellschaft. Der Kampf um die Mitbestimmung und die Ausrichtung von Wissenschaft und Studium an Hochschulen wird auch von gewerkschaftlichen Studigruppen geführt.

**Sicher gibt es** auf beiden Seiten Vorurteile. Gewerkschaftliche Studierende bekommen das in beiden Tätigkeitsfeldern zu spüren. In der Gewerkschaft müssen sie gegen das Bild kämpfen, dass Studis nicht arbeiten und entsprechend keine Ahnung davon haben. Außerdem treffen sie auf eine verbreitete Theoriefeindlichkeit. Bei den Studis müssen sie sich zum einen gegen das in der Gesellschaft verbreitete Bild wehren, dass Gewerkschaften behäbige Blockierer sind, die nur für den eigenen Vorteil kämpfen. Zum anderen werden sie mit dem Vorwurf konfrontiert, als Sozialpartner stabilisierten sie nur den Kapitalismus und schalteten radikale Kräfte aus.

Im ersten Fall kann Aufklärungsarbeit helfen – wie ein selbstorganisiertes Seminar, in dem die Situation von Studierenden im kapitalistischen System, die Handlungsfelder von Gewerkschaften, die Ökonomisierung von Hochschulen und die Perspektiven studentischer Gewerkschaftsarbeit thematisiert werden.

Im zweiten Fall kann nur eine konsequente Bündnisarbeit mit linken Gruppen bei hochschul-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Themen Vertrauen schaffen und belegen, dass Gewerkschaften auch soziale Bewegung sind und es klare kapitalismuskritische Teile gibt. Gerade diese Zusammenarbeit kann auch wichtige Impulse geben, neue Arbeitskampf- und Aktionsformen, aber auch neue Ziele zu entwickeln.

**Die bundesweite Zusammenarbeit** der Studierendengruppen unterstützt den Informationsaustausch und die Arbeit vor Ort. Die konkreten Themenschwerpunkte, Aktivitäten und Projekte hängen aber von den aktiven studentischen Gewerkschaftsmitgliedern ab. Das heißt, den Gewerkschaften muss auch klar sein, dass diese Arbeit finanzielle und personelle Unterstützung benötigt. 

Nele Dunsing ist Teamerin der DGB- und der ver.di Jugend.



# Studieren und mobilisieren – mit der Gewerkschaft

## Students at work

Zwei Drittel aller Studierenden – 1,3 Millionen Menschen – arbeiten neben dem Studium, die meisten davon sind auf jeden Cent aus dem Nebenjob angewiesen. Aber wer weiß schon genau, worauf man beim Jobben achten muss?

Das Projekt »Students at work«, in München erfunden, wurde im Jahr 2001 bundesweit installiert. Es ist ein Angebot der DGB-Jugend für Studierende, die arbeiten. Beratungen und Veranstaltungen etwa zum Arbeitsrecht gehören zu den Aufgaben. Auf den Internetseiten findet man Informationen zu Themen wie Gehalt, Urlaub, Kündigung, Arbeitsvertrag und allen sozialversicherungsrechtlichen Bereichen. Zu allen Fragen rund um Studium und Geld gibt es hier die passende Antwort. Die DGB-Jugend sammelt und aktualisiert relevante Daten, Materialien und Links für studentische JobberInnen.

An einigen Hochschulen gibt es eigene Gewerkschaftsangebote: die Hochschulinformationsbüros oder Campus-Offices. Sie werden von den Einzelgewerkschaften und der DGB-Jugend getragen, der Hauptträger ist aber von Uni zu Uni unterschiedlich. Den Studierenden dienen sie als allgemeine Informationsstelle, sie finden hier aber auch ganz konkrete arbeits- und sozialrechtliche Beratung.

Für die gewerkschaftlichen Gruppen bringt die übergreifende Arbeit positive Impulse, auch wenn in den verschiedenen Muttergewerkschaften manchmal Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Doch nützt es letztlich allen, wenn Studierende ein positives und aktives Bild von Gewerkschaften bekommen.

»Students at work«: Tel.: 030/240 60 245, E-Mail: [studienjob@dgb.de](mailto:studienjob@dgb.de), [www.dgb-jugend/studium](http://www.dgb-jugend/studium)

## Campus der Zukunft

Unter dem Motto »Campus der Zukunft« hat der Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung in ver.di die verschiedenen Gruppen der Hochschulen zusammengebracht:

die Beschäftigten der Hochschulen, der Studentenwerke, der wissenschaftlichen Bibliotheken, der hochschulinternen Forschungseinrichtungen und die Studierenden. Ziel des Projekts ist der gruppenübergreifende Austausch und gemeinsame regionale Aktivitäten. In einer Auftaktveranstaltung mit über 100 Teilnehmenden wurden gemeinsame Themen entwickelt, die auf spezifischen Nachfolgetreffen vertieft wurden. Eines der Resultate war eine Studie über die Arbeits- und Lebensbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses, auf deren Grundlage weitere Aktivitäten geplant werden.

<http://biwifo.verdi.de/cdz>

## Schule im Kapitalismus

Um die Relevanz der Initiative »Eine Schule für alle« auch aus kapitalismuskritischer Sicht deutlich zu machen, hat die GEW-Studigruppe in Hamburg mit »Avanti – Projekt undogmatische Linke« kooperiert. Eine Fortsetzung des Themas bildet die gemeinsame Veranstaltungsreihe »Schule im Kapitalismus« mit den Themen »Wie funktioniert Schule im Kapitalismus?«, »Lernen im High-Tech-Kapitalismus« und »Reproduktion von Rassismus durch Schule«, in deren Verlauf auch eine zweitägige Tagung stattfinden soll.

[www.eineschule.de](http://www.eineschule.de)

## Studentischer Perspektivenkongress

Der Kongress »Für die eigenen Interessen kämpfen! Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung«, der vom Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) bei der GEW im Juni 2008 organisiert wurde, verstand sich als Vorschlag und

Einladung an politisch aktive Studierende, die aktuellen hochschulpolitischen Veränderungen zu diskutieren, Erfahrungen zu bilanzieren, sowie die eigenen Methoden, Instrumente und Organisationsformen zu hinterfragen. Die Workshops befassten sich u.a. mit der veränderten Subjektivität und hochschulpolitischen Strategien von Studierenden, Perspektiven einer Reform der Studienfinanzierung, strukturellen Rahmenbedingungen und Eckpunkten einer demokratischen Hochschulreform.


[http://wissenschaft.gew.de/Bundesausschuss\\_der\\_Studentinnen\\_und\\_Studenten.html](http://wissenschaft.gew.de/Bundesausschuss_der_Studentinnen_und_Studenten.html)

## HIB Braunschweig

Einen anderen Schwerpunkt verfolgt die IG Metall-Jugend mit ihrem Hochschulinformationsbüro (HIB) Braunschweig: Sie holt die Studierenden quasi in ihrem (Maschinenbau-)Studium ab. Das HIB organisiert vielfältige Kontakte in die Berufspraxis und will Studierende ermutigen, sich für die Qualität ihrer Ausbildung zu engagieren. Die IG Metall-Jugend will außerdem in Zusammenarbeit mit Studierenden und BerufspraktikerInnen die Qualität und den Inhalt der hochschulischen Ausbildung gestalten.

[www.hib-braunschweig.de](http://www.hib-braunschweig.de). Bundesweite Vernetzung: [www.hochschulinformationsbuero.de](http://www.hochschulinformationsbuero.de)

## Bildungsstreik 2009

Nach dem bundesweiten SchülerInnenstreik im November 2008 mit rund 100.000 Teilnehmenden geht es in die nächste Runde: Im Juni 2009 soll es einen Bildungsstreik geben, an dem auch vermehrt Studierende teilnehmen werden. Die Vorbereitungen laufen – und mit dabei sind gewerkschaftlich organisierte Studierende, denn es geht um alle zentralen Themen der Bildungs- und Hochschulpolitik: Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, Chancengleichheit, Studienfinanzierung, kritische Wissenschaft, gegen die Ökonomisierung und für die Demokratisierung der Bildung, der Schulen und Hochschulen. 

[www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)

Nele Dunsing



# Engagiert und gefördert

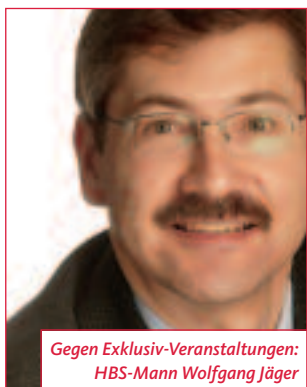
»Aktion Bildung«: Die Hans-Böckler-Stiftung fördert junge Menschen aus ärmeren Familien im Studium.

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) will mehr begabte junge Menschen aus ärmeren Familien zu einem Studium ermutigen. Dafür hat sie ihr Stipendienprogramm deutlich aufgestockt. Die Stiftung, die bisher vor allem Studierende mit Berufserfahrung gefördert hat, wendet sich nun auch erstmals direkt an AbiturientInnen, FachabiturientInnen und SchülerInnen, die kurz vor dem Abschluss stehen.

Das zweitgrößte deutsche Begabtenförderungswerk reagiert mit seiner »Böckler-Aktion Bildung« auf die soziale Ungleichheit beim Zugang zu den Hochschulen. »Wir wollen verhindern, dass das Studium zu einer Exklusiv-Veranstaltung für Kinder aus begütertem Elternhaus wird«, sagt HBS-Geschäftsführer Wolfgang Jäger.

Stammen Anfang der 1980er Jahre 43 Prozent aller Studierenden aus der Ober- oder oberen Mittelschicht, waren es 2003 bereits 61 Prozent. Studiengebühren sind zusätzliche Hürden.

Mittelfristig wird die HBS 2.100 junge Frauen und Männer mit Stipendien fördern – 500 mehr als bisher. Pro Monat erhalten StipendiatInnen bis zu 605 Euro inklusive Büchergeld.



Gegen Exklusiv-Veranstaltungen:  
HBS-Mann Wolfgang Jäger

Wer warum gefördert wird:

□ Leistung: Die HBS beurteilt das Leistungsvermögen der BewerberInnen nicht abstrakt anhand des Notendurchschnitts. Sie bezieht die Umstände mit ein, unter denen die Leistungen erbracht wurden. Beurteilt wird die gesamte Persönlichkeit, von der auch soziale Sensibilität erwartet wird. Die Stiftung folgt dabei der Auffassung, dass Begabung nicht nur Voraussetzung für Lernen, sondern auch dessen Ergebnis ist.

Von den StipendiatInnen erwartet die HBS besondere Leistungen in Studium und Beruf.

□ Engagement: Die HBS fördert Studierende, die bereit sind sich zu engagieren – in Gewerkschaften, in Hochschulgruppen oder Vereinen, die sich gesellschaftspolitisch im Sinne gewerkschaftlicher Grundwerte betätigen. Auch die Stiftung selbst gibt dazu in Stipendiaten-

gruppen Gelegenheit. Die Teilnahme an Angeboten der ideellen Förderung wird vorausgesetzt. Das Engagement der Studierenden wird nach dem ersten Studienjahr überprüft.

□ Wirtschaftliche Lage: Einkommen und Vermögen müssen bei der »Aktion Bildung« so bemessen sein, dass ein voller BAföG-Anspruch besteht. [5]

Jürgen Kiontke

Bewerbungsschluss für das Wintersemester 2009/2010:  
30. April 2009. Für das Sommersemester 2010:  
31. Oktober 2009

Infos: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## DGB-AG HOCHSCHULPOLITIK

### Chancengleichheit herstellen

Um die gewerkschaftliche Hochschulpolitik zu koordinieren, gibt es eine spezielle Arbeitsgruppe beim DGB-Bundesvorstand. Hier sind sowohl die Bezirke als auch die Gewerkschaften vertreten, seit neuestem auch die Kooperationsstellen an den Universitäten.

Die AG Hochschulpolitik wird geleitet von Joachim Koch-Bantz. »Die Arbeitsgruppe gibt es schon mindestens seit den siebziger Jahren«, sagt der Referatsleiter: »Wir unterstützen die Gewerkschaften und die Hochschulinformationsbüros in ihrer Arbeit.«

Die Arbeitsgruppe hat drei Schwerpunktfelder: Sie begleitet den Bologna-Prozess kritisch, versucht, auf allen Ebenen Chancengleichheit durchzusetzen und arbeitet an der Durchlässigkeit des Bildungssystems, sodass man auch ohne Abitur zum Studium zugelassen werden kann und bereits erbrachte Leistungen aus der Aufstiegsfortbildung aufs Studium angerechnet werden. »Das Hochschulsystem muss so gestaltet sein, dass mehr Menschen der Zugang zur Hochschulbildung eröffnet wird«, sagt Koch-Bantz.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet ist der Kampf ums BAföG. Denn damit alle studieren können, die wollen, muss es eine staatliche Unterstützung geben. Derzeit wollen die GewerkschafterInnen auf eine Strukturreform des BAföG hinwirken: Wie kann es elternunabhängig gestaltet werden, ohne Mitnahmeeffekte zu produzieren? »Das würde auf eine Art Stüdiengeld hinauslaufen«, so Koch-Bantz. [5]



Joachim Koch-Bantz leitet die AG Hochschulpolitik beim DGB

## GUTACHTERNETZWERK

### Praxis ins Studium

IG Metall, ver.di, IG BCE, die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und die Zentraleinrichtung Kooperation der TU Berlin bauen seit einigen Jahren ein gemeinsames Gutachternetzwerk zur Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Ingenieur- und Informatikerausbildung auf. Die Akkreditierung ist ein Verfahren zur Qualitätssicherung bei der Einführung neuer und der Überprüfung bestehender Studiengänge.

Das Netzwerk erarbeitet gewerkschaftliche Positionen für das Ingenieurstudium. Die Initia-

torInnen möchten darin die Berufspraxis stärker berücksichtigt sehen und die Studienreform im Interesse von Studierenden bzw. zukünftigen ArbeitnehmerInnen voranbringen: Denn von den VertreterInnen der Berufspraxis können wichtige Impulse zu aktuellen Entwicklungen von Berufsfeldern kommen, zu den dafür erforderlichen Qualifikationen oder zu berufsvorbereitenden Studieneinheiten.

Das Netzwerk entwickelt Schnittstellen zu den Akkreditierungsagenturen sowie zu VertrauensdozentInnen und HBS-StipendiatInnen. Es qualifiziert die ehrenamtlichen GutachterIn-

nen der Gewerkschaften. Das Gutachternetzwerk steht für folgende Ziele:

□ Durchlässigkeit: Die Übergänge von einer qualifizierenden beruflichen Tätigkeit zum Studium und zurück sowie von der Fachhochschule zur Universität müssen vereinfacht werden

□ Gleichwertigkeit: die Gleichheit von Abschlüssen der Fachhochschulen und Universitäten, von beruflicher Ausbildung und Abitur

□ Einführung von Teilzeitstudiengängen

□ Hochschulzugang für Berufserfahrene durch spezielle Zugangsverfahren. [5]

[www.gutachternetzwerk.de](http://www.gutachternetzwerk.de)

# Denkt Träume!

**Der letzte linke Student  
und die Hochschulpolitik.**  
Von **Jörg Sundermeier**

**D**er letzte linke Student ist einsam. Denn er ist ja bekanntlich der letzte linke Student. Das heißt: er ist eigentlich gar nicht der letzte linke Student, heißt: nicht wirklich der allerletzte. Allerdings: da wo er ist, sind keine anderen wirklich linken Studenten. Daher: fühlt sich der letzte linke Student so, als sei er der letzte linke Student. Wie all die anderen letzten linken Studenten auch.

Nun sieht der letzte linke Student, dass es ein Problem gibt. Das Problem ist: an der Forschung wird gespart und auch am Mensa-Essen wird gespart. Das wiederum heißt: Die Wissenschaft ist schlecht und die Suppe ist's auch. Und wer hat uns das eingebrockt? Die Wirtschaft hat uns das eingebrockt. Die Wirtschaft nämlich: hat den Menschen die Forschung weggenommen. Und ganz: für ihre Zwecke missbraucht. Das wiederum hat einen Grund. Der Grund ist: die Wirtschaft, das ist der Kapitalismus. Und der Kapitalismus: raubt den Menschen alles. Und lässt sie verhungern. Im Bauch. Und auch: im Kopf.

Daher schreibt der letzte linke Student in sein besonderes Notizbuch: »Wir müssen uns die Forschung zurückholen von der Wirtschaft. Aber der Staat darf die For-

schung auch nicht kriegen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass wir die Forschung in unseren Händen behalten und selber machen. So wird die Forschung viel menschlicher. Und das Mensa-Essen wird besser. Und vegetarischer. Und die Universität wird wieder ein Platz zum Leben, so wie sie im Mittelalter ein Platz zum Leben war. Die Uni, von der ich träume, ist eine Uni zum Wohnen. Darin würden alle Studenten leben und alle Studentinnen auch. Und freie Liebe gäbe es vielleicht auch. Und keiner wäre mehr allein.« Das schreibt der letzte linke Student. Und denkt: »Vielleicht bin ich eines Tages doch noch zu zweit.« Und weiß: zu zweit ist man schon fast eine Partei. Und eine Partei: macht die Revolution. Zumindest: wenn sie links ist. Die Revolution wiederum: macht alle Träume wahr! Das weiß der letzte linke Student.

Und gibt sich: ganz seinen Träumen hin. Und auch wir sollten endlich wieder ordentlich denken, damit wir ordentlich träumen können!

*Seit vielen Jahren schon begleitet der Autor und Eigentümer des Berliner Verbrecher-Verlages Jörg Sundermeier den »letzten linken Studenten« in seiner legendären Kolumne in der Wochenzeitung »Jungle World« – gebündelt erschienen sie auch in Buchform (»Dieses Buch ist witzig«, »Frankfurter Rundschau«).*

*Der Student steht für den naiven Linken, der sich für einen Analytiker hält, aber durch seinen unbändigen Aktivismus und seine Eitelkeit immer zu falschen Schlüssen und zur Selbstglorifizierung verleitet wird. Die Texte wollen keine Botschaft vermitteln – sie fordern ein eigenes Urteil.*



Jörg Sundermeier

»Denk Träume« ist eine Exklusivstory für die **Soli extra**.

Jörg Sundermeier:  
**Der letzte linke Student, Alibri, Aschaffenburg 2004, 155 S., 13 Euro**



## IMPRESSUM

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,  
Tel.: 030/240 60 172, Fax: -409

**E-Mail:**  
jkiontke@web.de

**Internet:**  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**  
PrintNetwork PN GmbH

**Projekt:**  
Jessica Heysler

**Redaktion:**  
Jürgen Kiontke, Beate Willms

**Grafik:**  
Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:**  
Daniela Linke, Tel.: 030/240 60 166,  
E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

## Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
**DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	